

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 5

28. Februar 1972

6. Jahrgang

50 Pfennig

STATT KAPITALISTENKNECHTE KLASSEN- KÄMPFERISCHE BETRIEBSRÄTE!

400 000 BAUERN AUF DEN STRASSEN

Die ersten Wochen des Jahres 1972 waren wieder gekennzeichnet durch das Aufflammen des Kampfes der Bauern gegen ihre Ausbeuter. 400 000 Bauern marschierten. Kilometerlange Traktorenzüge wälzten sich durch die Straßen der westdeutschen Großstädte. Von Flensburg bis München, von Ostfriesland bis Weiding forderten die Bauern: Erhöhung der Erzeugerpreise um 12%.

Diese Forderung ist berechtigt, und wir müssen sie voll und ganz unterstützen! Und wir müssen entschieden aufräumen mit zwei Lügen über die Bauernbewegung, die von den Kapitalisten, ihrer Presse und ihren Agenturen in der Arbeiterbewegung in die Welt gesetzt werden:



Die Betriebsrätewahlen stehen vor der Tür. Bereits im März sollen sie in der Metall- und Chemieindustrie und bis spätestens Juni auch in den anderen Branchen über die Bühne gehen. Schon seit Wochen hat ein Gerangel zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteien begonnen. Ob CDU/CSU, SPD oder auch die DKP-Führer - alle wollen sie sich über die Betriebsräte einen möglichst großen Einfluß unter den werktätigen Massen verschaffen, um in den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen entsprechende Stimmengewinne verbuchen zu können. Selbst die CDU/CSU entdeckt ihr Herz für die Proleten, wenn es darum geht, sie als Stimmvieh zu mißbrauchen. So stellte z.B. der CDU-Bundestags-Abgeordnete Wolfgang Vogt fest: 'Bei den Wahlen geht es über das Betriebliche hinaus. Da wird Bilanz gezogen über die letzten zwei Jahre Regierungspolitik.'

In einem Punkt sind sich aber alle Feinde der Arbeiterklasse einig: Dann nämlich, wenn es darum geht, zu verhindern, daß wirkliche Vertreter der Arbeiterklasse, Kommunisten oder andere revolutionäre und klassenkämpferische Kollegen auf die Listen gesetzt oder gewählt werden. Davor fürchten sie sich alle, die Kapitalisten samt ihren Bediensteten und Lakaien in CDU/CSU, SPD, DKP oder im Gewerkschaftsapparat.

Der Grund für diese Einheitsfront gegen klassenkämpferische Betriebsräte liegt auf der Hand. Man stelle sich nur folgende Fragen: Um wieviel stürmischer hätte sich wohl die Streikbewegung der letzten Jahre entwickelt, wenn nicht immer wieder kapitalistenfreundliche Betriebsräte mit SPD-, CDU/CSU- und auch DKP-Parteibüchern in der Tasche, durch Demagogie, Lügen und leere Versprechungen kampfbereite Arbeiter vom Streik abgehalten oder wieder an die Arbeitsplätze geschickt hatten? Und wenn anstelle einer überwiegenden Mehrheit von korrupten und kapitalistenhörigen "Kollegen" die Betriebsräte in ihrer überwiegenden Mehrheit klassenbewußte oder gar kommunistische Kollegen gewesen wären - um wieviel schneller hätte sich bei den breiten Massen der

Werkstätigen das Bewußtsein entwickelt über die wirklichen Ursachen der Mißstände im Betrieb, der ständigen Verschärfung der Arbeitshetze, über die tatsächlichen Gründe für die Kurzarbeit, die Entlassungen und Stilllegungen, über die Verfaultheit des kapitalistischen Systems, über die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution?

Man stelle sich nur einmal vor: Überall auf Betriebsversammlungen wären anstelle von Phrasen

und leerem Geschwätz über angebliche soziale Maßnahmen der Unternehmer von den Betriebsräten klassenkämpferische Reden gehalten worden, wären die Schweinereien der Unternehmer schonungslos angeprangert, wäre die Profitgier der Kapitalisten aus dem Munde von Betriebsräten schonungslos entlarvt worden. Die Kapitalisten und ihre Handlanger werden schon blaß vor Angst, wenn sie nur daran denken.

Terror und Bestechung - so sollen die Arbeiter mundtot gemacht werden

Es ist deshalb auch kein Wunder, daß diese Herren nichts in ihrer Macht stehende unversucht lassen, wenn es nur geeignet ist, die Betriebsräte zu ihren gefügigen Werkzeugen zu machen. So hat die Bourgeoisie durch ihre gegenwärtige Regierungspartei, die SPD, das reaktionäre, durch und durch arbeiterfeindliche Betriebsverfassungsgesetz kürzlich im Bundestag verabschieden lassen. Dieses Gesetz, das als eine 'Reform' angepriesen wird, unterscheidet sich in keinem wesentlichen Punkt von seinem Vorläufer, dem alten Betriebsverfassungsgesetz, das der Arbeiterklasse von der Adenauer-Regierung aufgezwungen worden war.

So wie das alte Adenauer-BVG, verbannt auch das neue, von der SPD formulierte BVG jeden Anflug von Demokratie aus den Betrieben. Welcher Arbeiter kennt nicht diese schmachvollen Verhältnisse: Du hast im Betrieb das Recht, für den Profit des Unternehmers zu schuften, möglichst schnell deinen Kantinenfraß hinunterzuwürgen, möglichst selten auf die Toilette zu gehen und streiken darfst du nur dann, wenn korrupte Gewerkschaftsführer, die mit den Kapitalisten unter einer Decke stecken, es ausnahmsweise erlauben, ansonsten ist

Fortsetzung Seite 2

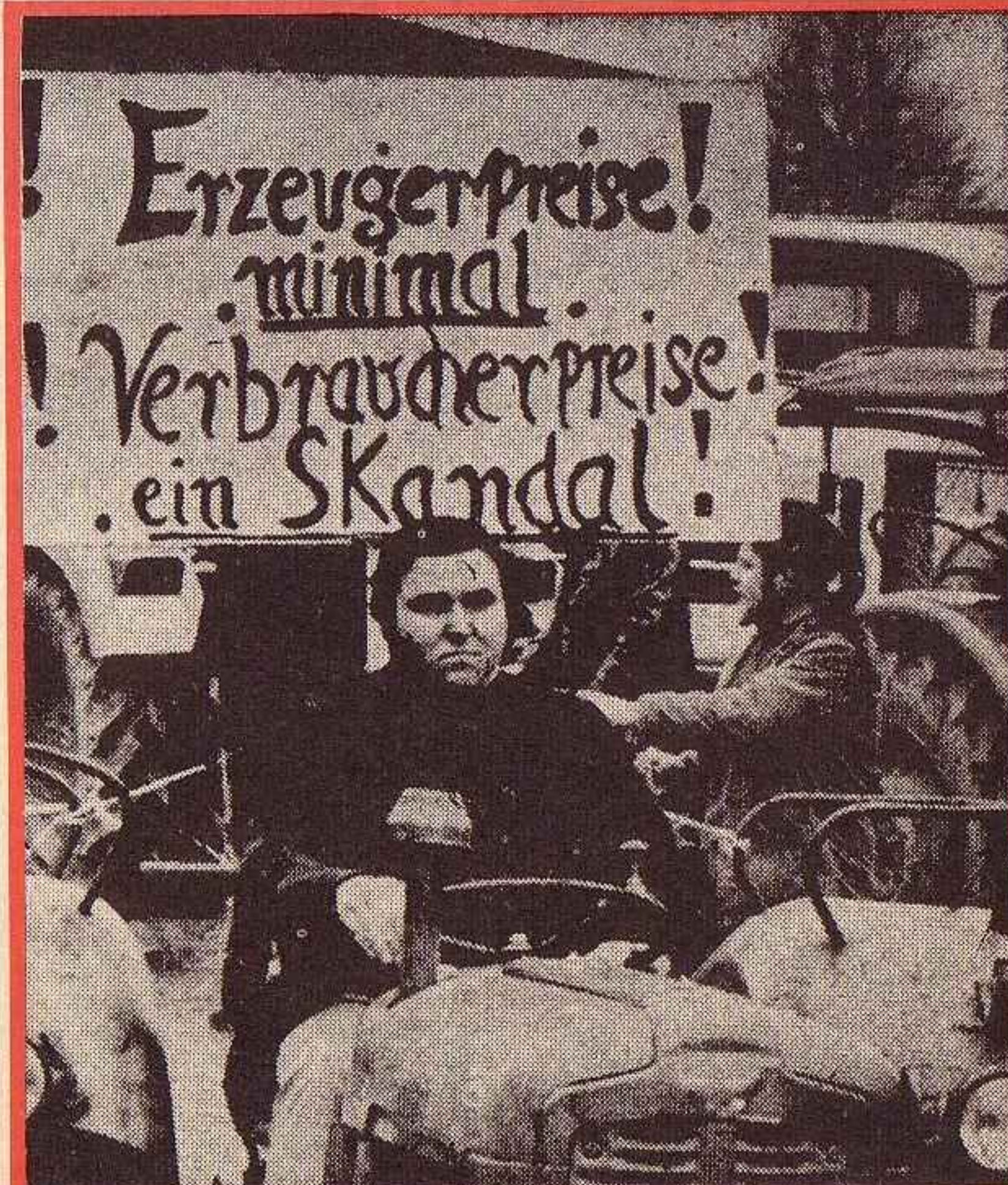
Die erste Behauptung ist: Eine Erhöhung der Erzeugerpreise um 12% (von den Kapitalisten 'genehmigt' wurden 8%) würde auch die Verbraucherpreise erhöhen. Das ist natürlich eine dicke Lüge! Denn wer scheffelt die Profite, die in der Landwirtschaft zu holen sind? Etwa die Bauern? Bestimmt nicht! Der Bauer erhält für einen Liter Milch 30 Pfennig, für ein Hähnchen nicht einmal eine Mark, für einen Kohlkopf, wenns hochkommt, zehn Pfennig.

Was aber zahlt die Hausfrau im Laden? Oft das Zehnfache. Der Rest verschwindet in den Ta-

schen des Zwischenhandels. 200 % Profit und mehr, das ist hier die Regel. Und da sollen die Preise steigen, wenn die Bauern mehr verlangen? Der einzige, der dadurch geschädigt würde, ist der Zwischenhandel, der sich an den Bauern dick und fett mästet!

Nein, das ist eine erlogene Behauptung, die keinen anderen Zweck hat als den: Zwietracht

Fortsetzung Seite 5



In vielen Parolen haben die Bauern die Spaltungsversuche der Kapitalisten zurückgewiesen und gezeigt, daß sie erkannt haben, wer ihre Feinde sind, nämlich die, die an ihrem Elend verdienen, die Kapitalisten!

Beispiel Gießen

KAMPF DEM WOHNUNGSELEND!

Im letzten Roten Morgen haben wir ein Beispiel des Wohnungselends im Kapitalismus aus Siegen/Süd-Westfalen gezeigt. Das ist keine Ausnahme. Im Kapitalismus hat jede Stadt ihre 'Ghettos', in die sie die Menschen pfercht, die ihr lästig sind, weil sie für die Kapitalisten nicht mehr genügend Profit abwerfen. Wie unmenschlich die Lebens- und Wohn-Bedingungen dort sind, daß dort Menschen wohnen, die arbeiten gehen oder aber arbeiten wollen und nicht können, weil sie entweder krank sind oder die Kapitalisten mal wieder auf Entlassungen umgeschaltet haben, das alles versucht man mit allen Mitteln zu verschweigen. Und wenn doch etwas ans Tageslicht kommt, weil die Bewohner den Kampf gegen diese unmenschliche Unterdrückung aufnehmen, dann versuchen sie alles, um die Bewohner vor den anderen Werktätigen als 'asoziales Pack' hinzustellen, vor dem die Bevölkerung geschützt werden müsse. So haben sie z.B. in Mannheim versucht, um solch ein 'Wohn'gebiet eine Mauer zu ziehen. Bei diesem Plan hatte sich aber das bourgeoise Pack verrechnet. Wie ein Mann standen alle Bewohner zusammen und vereitelten diesen erneuten Anschlag, der ihre Lebensbedingungen noch mehr verschlechtern sollte, diesen unverschämten Versuch, sie von den anderen Werktätigen der Stadt zu isolieren.

In Gießen gibt es drei dieser 'Wohn'gebiete: 'Klein-Marokko' oder auch 'Margarethenhütte', die 'Eulenkopf-Siedlung' und die 'Gummi-Insel'. Nehmen wir die Margarethen-Hütte. In dieser Siedlung gibt es etwa elf Wohnblocks, von denen der größere Teil erst ein paar Jahre alt ist. Es handelt sich hier um sogenannte Schlichthäuser (für die allerärmsten gibt es darunter noch die Notbaracken, die Stufe über den Schlichthäusern sind die Sozialwohnungen).

Gebaut wurden sie im Auftrag der Stadt von der 'Gemeinnützigen Wohnbau GmbH', die, wie jeder Hausbesitzer, auch für die Instandhaltung verantwortlich ist. Da die 'Wohnbau' bei den Schlichthäusern eine niedrigere Miete verlangen muß als bei den Sozialwohnungen, versucht sie ihre



würden auch Reparaturen gemacht. Wie die verbrecherische Kapitalistenklasse fleißige Leute ans Hungertuch bringt, zeigt folgender Fall, der keine Ausnahme ist: Da gibt es ein Ehepaar, die beide im Krankenhaus als Pfleger lange Jahre hintereinander gearbeitet haben. Die Frau mußte wegen Krankheit aufhören. Bis zu einer Rente bleiben aber noch mehrere Jahre. So bekommt sie nur eine kleine Unterstützung von ein paar Mark. Ihr Mann konnte noch gut arbeiten bis zu dem Tag, als er sich beim Tragen eines Patienten einen schweren Wirbelsäulenschaden holte. Als er so

einigermaßen wieder 'gesund' war, wurde er entlassen mit den Worten, daß man kranke Leute nicht gebrauchen könne. So hatten die beiden auf einmal keine Existenzgrundlage mehr. Das Stempelgeld beträgt etwa 30.- DM pro Woche. Sie konnten die Miete nicht mehr zahlen, wendeten sich an die Stadt, um eine billigere Wohnung und Unterstützung zu erhalten. Die Stadt hatte aber nur ein Loch in der Margarethenhütte und machte am Anfang einen Haufen Versprechungen, sobald etwas Besseres frei würde... Die Beiden und mit ihnen viele andere warten immer noch.

Wir müssen uns selber helfen!

Die Mieterversammlung hat die bitteren Erfahrungen der Werktätigen unter der Knute der Kapitalistenklasse gezeigt und was diese Menschen gelernt haben und jeden Tag aufs neue erfahren:

Die Volksvertreter in den Parlamenten sind Volkszertreter, die 'gemeinnützigen' Behörden sind Agenturen der Geldsäcke, der ganze Staatsapparat ist nichts anderes als ein korruptes, abscheuliches Unterdrückungswerkzeug der Kapitalistenklasse. Also ist es sinnlos, den Staat um Hilfe zu bitten, man könnte genauso einen gutbezahlten Henker um Menschlichkeit anflehen. Also müssen sich die Arbeiter und die übrigen Werktätigen auf ihre Hände und ihren Kopf verlassen. Die Mieter in der Margarethenhütte, Männer, Frauen und Kinder haben es wahrhaftig gelernt: 'Und weil der Prolet ein Prolet ist, drum kann ihn auch kein anderer befreien, es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein.' Deswegen haben sie einen Mieterrat gebildet. Des-

wegen haben sie die Vertreter der 'Wohnbau' mit ihren scheinheiligen Versprechungen, mit ihren Versuchen, die Mieter gegeneinander auszuspielen, sie zu spalten usw., davongejagt, und nehmen ihre Sache selbst in die Hand. Das ist eine mutige Tat, die die Sache des Volkes vorwärtsbringt!

Wir Kommunisten werden uns auch im Mieterkampf eng mit den Werktätigen zusammenschließen, werden sie in ihrem Tageskampf unterstützen, indem wir ihnen den Weg zeigen, wie der Tageskampf zu einem Kampf um die endgültige Beseitigung des Elends im Kapitalismus wird: durch die Zerschlagung dieses grausamen, auf Vernichtung ausgerichteten Staatsapparates und die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats über die Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie.

★★★

Der angekündigte Artikel zu den Hausbesetzungen erscheint in der nächsten Nummer.

Gewinne dadurch herauszuholen, daß sie die Häuser so billig wie möglich baut. Also Häuser, die schon reparaturbedürftig sind, bevor sie überhaupt bezogen werden. Die Wohnungen haben kein Bad, die Wände keine Tapete, dafür sind sie so naß, daß die Mieter jedes Jahr neu tapezieren müßten, die Möbel werden schimmelig, die Türen schließen nicht, es zieht ständig, der Fußboden bricht an allen Ecken auf usw. Dreizimmerwohnungen gibt es am wenigsten.

Die Größe der meisten Einzimmerwohnungen ist 13 qm, Miete ca. 40,- DM; für die meisten Zweizimmerwohnungen 23,5 qm, Miete ca. 60,- DM; für die meisten Dreizimmerwohnungen 37 qm, Miete ca. 75,- DM. Dann gibt es noch ein paar Ein-, Zwei-, Zweieinhalb- und Dreieinhalbzimmerwohnungen, deren Größe: 30 qm, 48 qm, 61 qm und 68 qm beträgt und deren Miete ca. 70,- DM, 110,-, 140,- und 160,- DM beträgt. Die Wohnbedingungen werden von Tag zu Tag schlechter. Es wird immer schwieriger, Arbeit zu bekommen. Die Lebensmittelpreise steigen. Die Unmenschlichkeit der Kapitalistenherrschaft zeigt sich von Tag zu Tag massiver. Die Mieter dieser 'Wohn'gebiete erfahren sie am ersten und am deutlichsten. Die langjährigen Erfahrungen dieser Unterdrückung, des sinnlosen Einzelkampfes in den Ämtern, um eine Verbesserung der Lebensbedingungen haben ihnen die Illusion genommen, daß die Werktätigen in diesem Staat erfolgreich um etwas bitten können.

Dagegen, wenn sie sich zusammengeschlossen haben, z.B., um durchzusetzen, daß ein Schulbus für die Kinder oder eine Aufgabenhilfe für die Kinder organisiert wird, da haben sie erfahren, daß das der richtige Weg ist. Deshalb haben sie, nachdem die 'Wohnbau' ihnen eine Mieterhöhung geschickt hatte, eine Mieterversammlung einberufen. Hierbei handelt es sich um keine Bittversammlung, es war ein An-



Das Beispiel macht Schule. Wie hier in Hamburg, so wurden kürzlich auch in Frankfurt und Bremen wieder leerstehende Häuser besetzt. Die Polizei, meist von SPD-Bonzen befehligt, geht brutal gegen diese Aktionen vor, während Bundeskanzler Brandt vor der Fernsehkamera etwas von 'Gewaltlosigkeit' heuchelt (obwohl seine Regierung die Kriegsverbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam mitfinanziert). Doch diese Brutalität der Reaktionäre wird immer weniger hingenommen. Selbst die reaktionäre Zeitung 'Die Welt' mußte bei der Bremer Hausbesetzung zugeben: "Einige Anwohner haben 'das brutale Vorgehen der Polizei' kritisiert."

klagetribunal gegen den Staatsapparat. Wie sehr sich die Vertreter der 'Wohnbau' (die verantwortlichen SPD-Stadtverordneten sind gar nicht erst gekommen, weil ihnen die Kampfschlossenheit der 'Marokkaner' schon früher auf den Magen geschlagen ist) - wie sehr sie auch sich hin und her wanden, die Tatsachen sind härter als Lügen. So hatten sie die Frechheit zu behaupten, wenn einer wollte, könnte er in einer sauberen und trockenen Wohnung, in geordneten Verhältnissen leben usw. Aus allen Ecken schmetterten die Mieter diesen Kerlen die Tatsachen entgegen: In einer Dreizimmerwohnung von 68 qm für 160,- DM haust eine 15-köpfige Familie. In einer anderen Wohnung, 13 qm, wohnt eine Familie mit drei kleinen Kindern. Es ist keine Wohnung, sondern ein feuchtes, dunkles Loch. Der Vater hat sich schon seit langem bemüht, eine größere Wohnung zu bekommen, vergebens. Das was dieser Familie jeden Tag droht, nämlich sich schwere Krankheiten zuzuziehen, ist bei anderen

schon geschehen. So wohnt eine vierköpfige Familie in einem feuchten Loch von 23 qm, der Mann ist nierenkrank, ein Kind hat eine chronische Bronchitis. Die Mutter hat vom Arzt ein Attest bekommen, daß die Gesundheit des Kindes von einer normalen Wohnung abhängt. Die Antwort der 'Wohnbau': Die von der Margarethenhütte seien sowieso nur Dreck und außerdem kann sich jeder ein Attest besorgen.

Die nächste Unverschämtheit dieser Kerle waren ihre Versuche, die Mieter anzugreifen, die keine Arbeit haben oder die keine Miete zahlen, um auf sie alles abzuschieben und gleichzeitig die Mieter untereinander aufzuspalten. Aber da hatten sie sich verrechnet. Genau das Gegenteil war der Fall. Von allen Seiten kamen die Tatsachen: Bei allen Mietern, die ihre Miete bezahlen, werden genausowenig Reparaturen unternommen, werden genausowenig Wünsche für größere und trockenere Wohnungen gehört. Damit war ganz eindeutig widerlegt, daß es nur am Mietrückstand liegt, und wenn der aufgeholt sei,

das ein verbotener Streik; und überhaupt hast du zu allem ja zu sagen, seien es nun Überstunden oder Kurzarbeit, und wenn dir was nicht paßt, dann kannst du ja deine Papiere nehmen, denn die Zahl der Arbeitslosen wächst..

Das sind die Rechte des Proleten im Betrieb, jedenfalls die Rechte, die ihm die Gesetze des Ausbeuterstaats 'gewähren'. Auch der Betriebsrat wird durch das BVG an die Kette gelegt. Er ist verpflichtet, "vertrauensvoll zum Wohle des Betriebes" mit der Betriebsleitung zusammenzuarbeiten. Er ist an die Schweige- und Friedenspflicht gebunden. Wenn er, anstatt "vertrauensvoll mit der Betriebsleitung zusammenzuarbeiten", die Kollegen bei einem Streik unterstützt, dann wird ihm mit einem Jahr Gefängnis gedroht. Wenn er die Belegschaft, anstatt sie "zum Wohle des Betriebes" in Ahnungslosigkeit zu lassen, über geplante Kurzarbeit, Massenentlassungen Stilllegungen oder ähnliches informiert, dann droht man, ihn für zwei Jahre ins Gefängnis zu schicken. Auf diese Weise sollen die Betriebsräte durch das schmutzige BVG zu Wächtern des 'Betriebsfriedens' gemacht werden. Natürlich reicht ein solches Gesetz allein noch nicht aus, um möglichst viele Betriebsräte zu Kapitalistenknechten zu machen. Dazu muß man sich die Leute kaufen. Für einen Unternehmer ist das kein Problem. Bessere Bezahlung, Sonderurlaub, Freistellung von der Arbeit und ähnliches sind Privilegien, die nicht jedermann riskiert. Und damit möglichst wenig standfeste Kollegen in den Betriebsrat kommen, die sich auch durch solche Methoden nicht kleinkriegen lassen, manipulieren korrupte Gewerkschaftsbonzen 'im vertrauensvollen' Zusammenwirken mit dem Unternehmer eben die Kandidatenliste.

Bei vielen Betriebsräten, die das Parteibuch der SPD - aber auch der DKP - in der Tasche tragen (von der CDU/CSU ganz zu

schweigen), ist es nicht schwierig, sie zu korrumpieren. Besteht doch das Programm dieser Parteien gerade darin, mehr oder weniger offen den Kapitalismus zu verteidigen und mehr oder weniger versteckt in 'vertrauensvoller' Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ihre Politik zu machen. Bei der DKP weniger offen und mehr versteckt. Wir wissen natürlich auch, daß es unter SPD- und DKP-Betriebsräten auch aufrechte Kollegen gibt, die nicht nur ehrlich sind, sondern auch gegen die Direktiven ihrer Parteien handeln, wenn es beispielsweise darum geht, einen Streik zu unterstützen. Aber leider sind das wenige Ausnahmen.

Mit Hilfe all dieser Mittel und Methoden ist es der Bourgeoisie

Fortsetzung Seite 3

ROTER MORGEN

Zentralorgan der

KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag Roter Morgen GmbH, Westberlin. Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg. Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: Roter Morgen GmbH, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheck Kto. Nr. 262767; erscheint alle vierzehn Tage montags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement Inland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschl. Porto. Ausland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzügl. Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser oben stehendes Postscheckkonto zu zahlen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Siemens-Betriebszeitung der **KPD-ML**

Fortsetzung aus Nummer 3/1972

Profitgier kennt keine Grenzen!

In der letzten Nummer sahen wir, warum die westdeutschen Kapitalisten Kapital ins Ausland exportieren: Auf Grund der niedrigen Löhne in den schwach industrialisierten Län-

dern scheffeln sie ungeheure Extra-profite. Sehen wir nun, in den beiden nächsten Folgen, welche Konsequenzen dieses Rennen nach höherem Profit für die Arbeiterklasse hat.

Imperialismus = Krieg!

Da die Millionenmassen der hungernden, ausgebeuteten Menschen in der ganzen Welt immer erbitterter Widerstand leisten, sind die Imperialisten gezwungen, ihre Ausbeuterherrschaft mit Krieg und Gewalt aufrechtzuerhalten. Überall in der Welt haben sie Truppen stationiert, überall errichten sie faschistische Militärdiktaturen, um den Widerstand der Völker zu brechen. Es gibt keinen Militärputsch in Lateinamerika, in Asien und Afrika, den nicht der amerikanische Geheimdienst CIA angezettelt hätte, um die Weltherrschaft der US-Monopole zu sichern. Hunderttausende Menschen

Krieges zwischen den imperialistischen Großmächten, die Gefahr eines neuen Krieges zwischen den imperialistischen Großmächten, die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Logisch, daß die aufstrebende Weltmacht Westdeutschlands um kein Deut besser verfahren wird. Daß die westdeutschen Monopole jederzeit bereit sind, faschistische Kolonialregimes zu unterstützen, das hat gerade das 'Haus Siemens' bewiesen. Der Bau des Cabora-Bassadammes in Afrika soll die Kolonialherrschaft Portugals über Angola und Mocambique verlängern. Denn

Die westdeutschen Imperialisten werden in schöner Eintracht mit den übrigen Großmächten die Völker in der ganzen Welt ausplündern und ihren Widerstand blutig bekämpfen. Gleichzeitig aber liegen sich diese imperialistischen Staaten im Kampf um die Weltherrschaft gegenseitig in den Haaren. Der 'Durchbruch zur Weltklasse' (Tacke) der deutschen Großkonzerne geht vor sich im erbitterten Konkurrenzkampf gegen die beiden größten blutigsten imperialistischen Mächte der Welt: Der USA und der Sowjetunion. Der Thron dieser beiden Mächte ist bereits ins Wackeln gekommen, durch die weltweite Wirtschaftskrise, durch die revolutionären Befreiungskriege in aller Welt. Das Weltwährungssystem ist vor kurzem zusammengebrochen, als Folge der Raubkriege der USA. In Amerika gibt es schon jetzt mehr als 6 Mill. Arbeitslose. Die Arbeitskämpfe in Europa nehmen immer mehr zu. Der US-Imperialismus hat in Vietnam eine totale Niederlage erlitten. In Nordafrika, Vorderasien und Südamerika stößt er auf immer größeren Widerstand. Der gesamte Imperialismus steht vor einer weltweiten wirtschaftlichen und politischen Krise. Und die Bundesrepublik wird in diese Krise mit hineingerissen werden, daran besteht kein Zweifel. In eine Krise, neben der sich die Wirtschaftskrise 66/67 ausnehmen wird wie ein Zwerg neben einem Riesen.

Dazu kommt, daß die BRD, um ihr Ziel zu erreichen, besonders

aggressiv und brutal vorgehen muß. Um eine Weltmacht erster Sorte zu werden, fehlen ihr nämlich die wichtigsten Voraussetzungen: Rohstoffquellen. Die herrschenden Großmächte haben sich die Bodenschätze der Welt bereits unter den Nagel gerissen. Daß sie freiwillig nichts davon herausrücken, daß z. B. die USA 'ihre' Erdölvorkommen in Vorderasien nicht freiwillig an die Bundesrepublik abtreten wird, ist klar. Und das bedeutet auf lange Sicht: KRIEG. Die deutschen Imperialisten werden davor nicht zurückschrecken. Das haben sie bereits vor kurzem bewiesen, als die BRD eifrig mitmischte im Biafra-Krieg und bei den Überfällen auf Guinea. Damals wollten die westdeutschen Monopole die dort vorhandenen Bodenschätze für Frankreich und Portugal bewahren helfen, um selbst etwas davon abzubekommen.

Damals ließen amerikanische und europäische Konzerne ihren Konkurrenzkampf um Rohstoffquellen von Negerstämmen austragen, wie in Biafra. Aber machen wir uns nichts vor.

Deutschland hat bereits zweimal, 1914 und 1939, Weltkriege angezettelt aus dem gleichen Grund: Weil ihm auf dem Weg zur 'Weltklasse' Rohstoffquellen fehlten. Heute, bei seinem dritten Versuch, eine imperialistische Supermacht zu werden, fehlen ihm die gleichen Rohstoffquellen wieder!

Siemens verdient am Krieg

Wer die Kriege bezahlt, das wissen wir verdammt gut: Die Arbeiterklasse. Wer daran verdient, das wissen wir ebenfalls: Die Arbeiterklasse.

für Kampfflugzeuge, Raketen, Panzer, Kriegsschiffe und Waffenleitsysteme Geräte für das militärische

Krise!

Krise!

Krise!

Wenn man den Politikern glauben will, dann kann von Krise natürlich keine Rede sein. Höchstens von einer kleinen wirtschaftlichen Flaute. Und natürlich geht es von Tag zu Tag besser, es geht voran, es geht aufwärts.

Denkste. Wer selber in die Zeitungen schaut, der kann die Wahrheit sehen. Natürlich nicht in 'Bild' oder ähnlichen Jubelblättern des Kapitalismus. Aber die 'internen' Blätter der Kapitalistenklasse, die Zeitungen, die mit Absicht so geschrieben sind, daß kein Arbeiter Lust hat, sie zu lesen - weil kein Arbeiter sie lesen soll! - die nehmen kein Blatt vor den Mund. Kein Wunder! Die Kapitalisten müssen sich ja ein Bild machen können von der Lage, damit sie wissen, wie sie damit fertigwerden können, damit sie planen können: Wie wälzen wir die Krise auf die Arbeiter ab?

Nehmen wir z.B. die 'Süddeutsche Zeitung' vom 29.1.72. Ein Samstag wie jeder andere. Und auf den drei Seiten des Wirtschaftsteils fast kein Artikel, in dem nicht direkt oder

starben allein in Südostasien, weil die amerikanischen Bosse nicht auf die Erdölfelder vor der Küste Südvietsams verzichten wollten.

Je weiter die Imperialisten ihre Macht ausdehnen, desto mehr kommen sie sich gegenseitig ins Gehege. Je heftiger der Konkurrenzkampf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte geführt wird, desto drohender wird die Gefahr eines neuen

wem wird dieser Staudamm nützen? Doch einzig und allein den portugiesischen Kolonialherren, die dann endlich die Bodenschätze dieser Länder ausräubern können. Und die westdeutschen Monopole hoffen natürlich, sie können sich eine Scheibe von der Beute abschneiden, wenn sie die portugiesischen Blutsauger unterstützen.

★

klasse. Wer daran verdient, das wissen wir auch: Die Großkonzerne, gleichgültig, ob sie auf der Seite der 'Sieger' oder der 'Besiegten' stehen. Das Aktienkapital von Siemens hat sich in den ersten 3 Kriegsjahren 1939-1942, mehr als verdoppelt: Von 157 Millionen auf 400 Millionen. Und heute, genau wie damals, hat Siemens die Finger wieder dick im Rüstungsgeschäft. Der Konzern liefert elektronische Ausrüstungen

steme, Geräte für das militärische Nachrichtenwesen und die Ausstattung von Militärflugzeugen. In den Forschungsabteilungen — vor allem in der Zentrale in Erlangen — wird auf Gebieten wie Atomtechnik, Elektronik und Raumfahrt mit Hochdruck gearbeitet.

Die letzte Folge unseres Abdrucks aus dem 'Roten Lautsprecher' erscheint im Roten Morgen Nr. 6.

Betriebsratswahlen 1972 Fortsetzung von Seite 2

gelungen, einen großen Teil der Betriebsräte zu korrumpieren und für ihre arbeiterfeindlichen Ziele einzuspannen. Viele Betriebsräte

haben sich in den vergangenen Jahren als Wellenbrecher gegen die anwachsende revolutionäre Arbeiterbewegung entpuppt.

Die Haupttendenz ist Revolution - auch bei uns!

Aber heute ist die Haupttendenz Revolution. Auch in Westdeutschland und in Westberlin ist es mit der Periode der Stabilisierung des Kapitalismus vorbei. Auch bei uns hat ein Aufschwung der revolutionären Arbeiterbewegung eingesetzt. Zum erstenmal zeigte sich das für alle sichtbar in der großen spontanen Streikbewegung im September 1969, als über 100 000 Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführung die Brocken hinschmissen und der Bourgeoisie mitsamt ihren Handlangern im Gewerkschaftsapparat einen gewaltigen Schrecken versetzten. Im folgenden Jahr waren es in der Metalltarifrunde noch mehr, die ihre Werkbänke verließen, um gegen Lohnabbau und verschärfte Ausbeutung zu kämpfen. Und im vergangenen Jahr, als mit Kurzarbeit, Massenentlassungen und Stilllegungen eine neue Wirtschaftskrise sich in Westdeutschland und in Westberlin anbahnte, deren Höhepunkt noch vor uns liegt, waren es bereits eine halbe Million Arbeiter und Angestellte, die in den Streik traten. Der dreiwöchige Streik der Metaller in Nordwürttemberg im vergangenen Herbst ist der längste Arbeitskampf seit rund

zehn Jahren in Westdeutschland gewesen. Wenn es den Verrätern im Gewerkschaftsapparat nicht in vielen Fällen noch gelungen wäre, durch eine heimtückische Abwiegeltaktik und durch ein raffiniertes Zusammenspiel mit den Unternehmerverbänden die Streiks einzudämmen, dann wäre es im letzten Jahr vielleicht schon über eine Million gewesen, die die Kapitalisten das Fürchten gelehrt hätte. Aber der Aufschwung der Arbeiterbewegung ist auch in unserem Land nicht mehr aufzuhalten. Auch nicht durch den Verrat und die Betrügereien der DGB-Führer und D'K'P-Bosse. Die Arbeiterklasse erwacht. Und wie ein erwachender Löwe, der im Schlaf durch Stricke gefesselt wurde, wird sie sich aufrichten und das Netz der Lüge und des Verrats zerfetzen. Sie wird die Bonzen und Arbeiterverräter, die Brenner, Kluncker, Perschkes und Goldas und wie sie alle heißen, dieses ganze Ungeziefer, das sich auf ihrem Rücken angesammelt hat, abschütteln und zertreten. Schon jetzt zittern die Kapitalisten und ihre Handlanger vor dieser Perspektive. Sie ahnen schon, daß sie den Riesen nicht mehr

bändigen können und zittern insgeheim davor, daß er alle Ketten sprengen und ihr morsches, unmenschliches Regime hinwegfegen wird, um den Arbeiterstaat, die Diktatur des Proletariats, zu errichten. Weder das reaktionäre BVG noch der zunehmende Polizeiterror und auch nicht die Verbotsvorbereitungen gegen die KPD/Marxisten-Leninisten können diese Entwicklung aufhalten.

Wahltag ist Zahltag!

Jetzt, wo die Betriebsratswahlen auf uns zukommen, heißt es für jeden klassenbewußten Kollegen wachsam sein und den Kampf gegen alle Arten von Arbeiterverrättern führen. Dann werden trotz Betriebsverfassungsgesetz, trotz Drohungen und Schmeicheleien vonseiten der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführer in den kommenden Jahren fortschrittliche und revolutionäre Betriebsräte stärker als bisher unsere Kämpfe in den Betrieben unterstützen.

Wahltag ist Zahltag!

Sorgt dafür, daß alle Verräter und Karrieremacher im hohen Bogen von ihren Betriebsratsposten fliegen. Präsentiert ihnen die Rechnung. Klassenbewußte Vertrauensleute und Gewerkschafter! Widersetzt euch allen Manipulationen mit den Wahllisten. Genossen und Kollegen! Laßt euch nicht blenden, wenn jetzt sogenannte 'Kollegen', die euch in der Vergangenheit an die Unternehmer verraten haben, sich nun plötz-

lich bei euch anbiedern und im stillen Einvernehmen mit den Bossen radikale Phrasen schwingen. Halten wir uns an die alte Weisheit der Arbeiterbewegung: **'Schaut euren Führern nicht aufs Maul, sondern auf die Finger!'**

Wählt nur solche Kollegen, die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie fähig und bereit sind, entschlossen gegen die Unternehmer und die Verräter im Gewerkschaftsapparat zu kämpfen. **Wählt solche Kollegen**, die auf den Betriebsversammlungen mutig aufgestanden sind und den Unternehmern die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen haben. **Wählt diejenigen**, die sich den Verratsforderungen der Gewerkschaftsführung und ihren faulen Kompromissen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten entschieden widersetzt haben. **Wählt die Kollegen**, die bei den Streiks und Demonstrationen die aktivsten und konsequentesten waren. **Wählt solche Kollegen**, die in Taten und nicht nur in Worten bereit sind, den Kampf gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz zu führen und voranzutreiben.

Wählt auf keinen Fall diejenigen, die sich durch ihr Parteibuch der reaktionären Politik der SPD oder dem Paktierertum und der Abwiegeltaktik der D'K'P verpflichtet fühlen. **Den klassenkämpferischen Arbeitern und den wahren Kommunisten die Stimme! Den Verrätern und Unternehmerfreunden aber ein Tritt in den Hintern!**

indirekt von der Krise die Rede ist:

Hoechst legt Angaben über die aktuelle Ertragslage vor: "Der Gewinn ist weniger zurückgegangen als befürchtet."

Die CDU, CSU wirft der Regierung 'falsche Konjunkturpolitik' vor und gibt ihr die Schuld an Inflation, wachsender Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen. Wie aus der Krise herauskommen, weiß sie auch nicht. Kein Wunder, denn Krisen lassen sich im Kapitalismus nicht vermeiden.

Die **Außenhandelsbilanz** der Bundesrepublik ist 1971 nur um 0,2 Milliarden höher gewesen als im Vorjahr. Das ist natürlich zuwenig für die Profitgeier!

J. Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, rechnet 'nur' mit 300 000 Arbeitslosen.

Der Goldpreis steigt ständig. Die Haindl-Papier GmbH legt die Papierfabrikation der Hegge-Fabrik in Augsburg still. Betroffen: 400 Arbeiter.

Hanomag gibt die Motorenherstellung auf.

'Auftragsrückgang zwingt MAN zur Korrektur der Pläne' -

'BHS stellt Straßenwalzenproduktion ein' -

'Didier-Werke AG Wiesbaden wagen keine Prognose für 72' -

'Trübe Aussichten für die in Konkurs gegangene Stoffdruckerei Göcke & Sohn, Hohenlimburg.'

Kurzarbeit bei Hurth (Maschinen- und Zahnrad-Fabrik). Betroffen: 1200 von 2600 Arbeitern.

Rhodiaceta (Chemiefasern, Freiburg) beantragt Kurzarbeit für 300 Arbeiter ...

und so weiter, und so fort.

Wie gesagt: Ein Samstag wie jeder andere. Und nur 3 Seiten aus der 'Süddeutschen Zeitung'. Stagnation? Flaute? Nein: **Krise, Krise, Krise!**

Kapitalistisches

DIE HAUPTTENDENZ IN D

Vergessen

Alte Menschen sind im Kapitalismus höchst überflüssig, bringen sie doch keinen Profit mehr. So kommt es vor, dass man sie einfach vergisst, wie kürzlich die 83-jährige Rentnerin Margarete Weit in Westberlin. Sie wurde von Arbeitern tot in einem Abrisshaus in der Swinemünder Strasse gefunden. Als das Haus vor Weihnachten geräumt wurde, hatten die Behörden, die die alte Frau betreuten, sie einfach vergessen. Heizung, Wasser und Strom wurden abgestellt, so dass die Frau in ihrer Wohnung erfror. - Das gleiche war zu Weihnachten einem Rentner in der englischen Stadt Stoke on Trent passiert. Wegen unbezahlter Rechnungen war ihm einen Tag vor Heiligabend der Strom gesperrt worden. Auch er wurde erfroren in seiner Wohnung von Nachbarn aufgefunden.

Begräbnis 3. Klasse

Die Kosten für Musik, Pfarrer und Leichenkosmetik eines anständigen Begräbnisses sind in den USA so hoch, dass sie eine Familie an den Bettelstab bringen können. Gräber auf den guten Friedhöfen sind unerschwinglich. Und die Preise steigen weiter!

Der bewaffnete Kampf des iranischen Volkes gegen das reaktionäre Schah- Regime wächst von Tag zu Tag

Die Entwicklung des anti-imperialistischen Kampfes des iranischen Volkes und die Berichterstattung sowohl im Iran als auch in allen Ländern der Welt zeigen uns ganz deutlich, daß das iranische Volk den richtigen Weg des Kampfes, nämlich den des bewaffneten Kampfes, erkannt hat und ihn bereits geht. Durch die ständig steigende Teilnahme des iranischen Volkes am Kampf gegen die Imperialisten, Sozialimperialisten und die iranischen Reaktionäre geht das schwankende Schah-Regime immer schneller seinem Sturz entgegen.

Gerade diese Kämpfe haben auch die unverschämte Behauptung des Schahs, der Iran sei eine ruhige Insel, gründlich widerlegt:

Bewaffneter Angriff von Partisanen auf eine Gendarmeriestellung in Siahkal, einem Dorf in Nord-Iran, und Entwaffnung der Polizisten.

Angriff auf eine Kaserne in Kermanscha, einer Stadt im West-Iran, Hinrichtung des Generals Farziow, Chef der Militärgerichte; Farziow hat unzählige Urteile gegen Patrioten unterschrieben. Zur Hinrichtung dieses Mannes hatten iranische Patrioten ein Flugblatt verteilt, in dem sie erklärten:

„Wir sind grundsätzlich gegen je-

kämpfen, nicht mehr aufzuhalten ist. Die Kämpfe des iranischen Volkes im vergangenen Jahr haben gezeigt: Tausende können gefoltert und hingerichtet werden - ihr Platz wird von Zehntausenden eingenommen werden, die die Fahne des Kampfes hochhalten und den Weg des Kampfes weiter fortsetzen.

Daß das iranische Volk sich von den reaktionären Reformen und der 'Weißen Revolution' des Schah nicht hat betrügen lassen, zeigt sich in ihrer Kampfsparole:

den richtigen Weg des Kampfes erkannt, sondern es hat auch gelernt, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Die Parolen 'Nieder mit den Imperialisten!', 'Nieder mit der Sowjetunion!', 'Es lebe China!', die in der Demonstration der Teheraner Studenten zu hören waren, entlarvten die reaktionären Taten des Imperialismus unter Führung des USA-Imperialismus und des Sozialimperialismus im Iran. Diese Parolen zeigen außerdem, daß die Volksrepublik China der Freund aller unterdrückten Völker und der Hauptstützpunkt der Weltrevolution ist. Wir sind fest davon überzeugt, daß das iranische Volk mit dem Sieg über Imperialismus, Sozialimperialismus, Feudalismus und die iranischen Reaktionäre aus diesem halbfeudalistischen, halb neo-kolonialistischen Land ein sozialistisches Land macht und

Propagiert die richtigen Kampf- formen!

Die 1000 Metallarbeiter der Firma Babcock in Saint-Nazaire (Frankreich), die im Streik stehen, finden sich nicht einfach mit der Aussperrung ab. Sie haben die Propaganda für ihren Kampf und die Organisierung der Solidarität selbst in die Hand genommen. Jeden Morgen, während des ganzen Streiks, treffen sich die meisten der Arbeiter, um die anstehenden Fragen zu diskutieren und das weitere Vorgehen festzulegen. Jede dieser Streikversammlungen wird mit einer Demonstration durch die Straßen der Stadt abgeschlossen. Jetzt gehen die streikenden Metaller dazu über, andere Betriebe zu 'besuchen', wobei sie sich notfalls mit Nachdruck Zutritt verschaffen. Und von den Kollegen drinnen werden sie sofort stürmisch begrüßt; in zahlreichen kleinen Diskussionsgruppen werden Erfahrungen ausgetauscht, Forderungen aufgestellt, der weitere Kampf geplant.

Die Kapitalistenknechte im Gewerkschaftsapparat wollen solche beispielhaften Kämpfe natürlich am liebsten totschrägen. Das

Findige Bestattungs-Unternehmer bieten deshalb ärmeren Familien in den Küstenstädten einen besonders billigen Service: Die Leiche wird verbrannt und die Asche in einer kurzen, schlichten Andacht ins Meer versenkt.

Begräbnis 1. Klasse

Der amerikanische Polizeichef Hoover, - bekanntgeworden vor allem durch seine Schikanen gegen Vietnamkriegs-Gegner, Neger und Kommunisten, gehört zu den Amerikanern, die sich noch eine Familiengruft leisten können. Genauer gesagt sind es zwei: Eine für die Familie und eine für die Hunde.

Denn als Herrenhund lebt man im Wunderland des Kapitalismus nicht nur besser, man stirbt auch besser als mancher Mensch und erhält im Gegensatz zu diesen sogar ein anständiges Grab!

Wohnungselend

Überall in den kapitalistischen Ländern wohnen Menschen unter den unwürdigsten Bedingungen. Besonders gross ist das Wohnungselend in Italien. Während einerseits monatelang, ja jahrelang Luxusappartements leerstehen, weil sie wegen des hohen Mietpreises nur schwer zu vermieten sind, leben beispielsweise in Rom nach amtlichen Angaben noch 15 000 Familien in 8.200 armseligen Baracken. In der Nacht zum 9. Februar stürmten mehrere hundert Obdachlose das Kapitoll in Rom, besetzten den Sitzungssaal des Gemeinderates, um gegen die schleppende Zuteilung von Wohnraum zu protestieren.

den Terrorismus, aber weil Farziow ein Verbrecher am ganzen Volk ist, weil er für viele unserer Patrioten Todesstrafen und lange qualvolle Einkerkierungen durchgesetzt hat, und weil es im Iran kein einziges gerechtes Gericht gibt, haben wir, die iranischen Patrioten, im Namen des ganzen Volkes das gerechte Urteil gesprochen und gefällt!"

Angriff auf verschiedene Polizeistellen in Teheran und in anderen Städten, z.B. auf die Polizeistelle direkt neben dem Sommerhaus des Schahs.

Angriffe auf verschiedene Banken;

Abschießen des Hubschraubers des Polizeichefs;

Zahlreiche Aktionen und Demonstrationen in Teheran und in anderen Städten des Iran.

Alle diese Kämpfe zeigen nicht nur, daß das Schah-Regime aufs äußerste erschüttert wurde, sondern sind außerdem ein deutliches Zeichen dafür, daß dieser Kampf ein revolutionärer politischer Kampf ist; sie sind eine gewaltige Antwort auf die Versuche der Revisionisten, das Volk vom richtigen Weg des bewaffneten Kampfes abzubringen und das Schah-Regime durch ihren 'friedlichen parlamentarischen Weg' zu retten.

Im vergangenen Jahr haben auch die iranischen Arbeiter als die am meisten unterdrückte Klasse ihr Klassenbewußtsein und ihre starke Beteiligung am anti-imperialistischen Kampf des iranischen Volkes bewiesen. Die mehr als 2000 Arbeiter der Textilfirma Djahan in der Stadt Karadj - in der Nähe von Teheran - demonstrierten in einer gewaltigen Aktion.

Viele Arbeiter wurden umgebracht und verhaftet. Das faschistische Schah-Regime versucht mit allen Mitteln, den gerechten Kampf des iranischen Volkes zu unterdrücken. Es rechnet aber nicht damit, daß diese neue Kampfswelle eine gewaltige Antwort auf die verschärften Unterdrückungsmaßnahmen ist, und es weiß nicht, daß ein Volk, das begonnen hat zu



Vier iranische Patrioten (von links nach rechts: Paknejad, Bathai, Kachsas und Ranjbar), die gerade ihre harten Urteilsprüche vernommen haben (unter anderem lebenslänglich Zuchthaus), singen vor dem faschistischen Militärgericht die Internationale. Ihre 'Schuld' bestand darin, daß sie nach Palästina fahren wollten, um dort am revolutionären Kampf teilzunehmen, wie sie selbst im Gerichtssaal aussagten.

Die Klassenjustiz der Ausbeuter kann unseren Widerstand nicht brechen!

"Nieder mit der Weißen Revolution, es lebe die Rote Revolution!"

Mit der Entwicklung des Kampfes hat das iranische Volk nicht nur

damit die Reaktionäre der ganzen Welt einen Schritt näher zu ihrem Grabe treibt.

Ein persischer Genosse

Es lebe das kämpfende Volk des Iran! Nieder mit dem Schah-Regime, dem Lakaien des Imperialismus!

Der Terror der iranischen Regierung wächst immer mehr. In den letzten Tagen wurden mehrere Todesurteile verhängt, in Teheran werden in diesen Tagen die Gerichte über mehr als 120 Personen urteilen, die für Fortschritt und Freiheit kämpfen.

Am 5. Februar 1972 lief ein Revisionsverfahren gegen 23 Regimegegner. Zwei wurden zum Tode, 14 zu lebenslangem Zuchthaus mit Zwangsarbeit und 7 zu Gefängnisstrafen von 3 bis 15 Jahren verurteilt.

Am 14. Februar wurden wieder 5 Personen durch ein Militärgericht zum Tode verurteilt. Weitere Verfahren gegen etwa 100 andere Regime-Gegner werden erwartet. Dabei ist wieder mit Todesurteilen zu rechnen.

Um gegen diesen neuen faschistischen Willkürakt zu protestieren, sind auch 6 in Westdeutschland weilende Genossen der CISNU in diesen Tagen in einen Hungerstreik getreten. Ihre Forderungen:

- 1) Aufhebung der Todesurteile.
- 2) Zulassung einer juristischen

ist in Frankreich nicht anders als bei uns. Ihnen graut es davor, wenn die Arbeiter den Kampf in die eigenen Hände nehmen, wenn sich die Streikenden nicht mehr einfach nach Hause schicken lassen. Deshalb müssen wir solche Kampferfahrungen zusammenfassen, damit auch die Arbeiter anderer Städte und Länder davon lernen können.

Und dazu braucht die Arbeiterklasse eine eigene Zeitung!

Arbeiter, unterstützt eure Zeitung, schreibt an den Roten Morgen!

Revolutionäre Aktion der spanischen Studenten

In allen Madrider Hochschulen ruhen die Vorlesungen. Revolutionäre Studenten, die sich gegen die Auflösung ihrer Versammlungen zur Wehr setzen, haben eine Gruppe von Polizisten in die Flucht geschlagen. Eine Hauptstraße wurde zeitweilig durch gefällte Bäume blockiert. Die Studenten setzten sich gegen die Brutalität der Polizei mit Steinen und Molotow-Cocktails zur Wehr.

Delegation.

3) Zulassung einer ärztlichen Delegation zur Untersuchung der Gefangenen, die nachweislich schwer gefoltert wurden.

Wir unterstützen diese Forderungen der iranischen Studenten, wir erklären uns solidarisch mit den Genossen, die mit einem Hungerstreik gegen das faschistische Schahregime protestieren.

Es lebe der Freiheitskampf des iranischen Volkes!

R WELT IST REVOLUTION !

400 000 BAUERN AUF DEN STRASSEN

Fortsetzung von Seite 1

zu säen in die Reihen des Volkes. Die Hausfrau, die täglich mehr zahlt für ein winziges Brötchen, soll eine Wut kriegen auf die Bauern, anstatt sich mit den Bauern gegen die Mehlsäcke zu verbünden, die die Profite einstecken.

Und das ist die zweite Lüge: Der Kampf der Bauern sei reaktionär. Denn die Bauern, das wissen unsere bürgerlichen Klugscheißer zu berichten, leben ja noch im 19. Jahrhundert, würden am liebsten die modernen Errungenschaften, die ganze Industrie, abschaffen.

Es ist richtig, daß die Bauern noch kein sozialistisches Bewußtsein haben. Aber ist ihr Kampf deswegen reaktionär? Im Gegenteil! **Bauern und Arbeiter kämpfen gegen den gleichen Feind, gegen die Kapitalistenklasse! Wie kann ihr Kampf da reaktionär sein?** Denn auch die Bauern gehören im Kapitalismus zum unterdrückten und ausgebeuteten Volk. Bei ungeheurer Arbeitsleistung leben sie oft unter dem Existenzminimum. Kein Wunder, denn sie müssen ja den Zwischenhandel mästen! Um konkurrenzfähig zu bleiben, brauchen sie moderne Maschinen, da heißt es oft Schulden machen. Das Bankkapital wird dick und fett bei den

Es ist wie im Betrieb: Die Profite werden einkassiert vom Kapital, die Produzenten gehen leer aus.

So werden die Bauern von zwei Seiten ausgepreßt: vom Zwischenhandel und vom Industrie- und Bankkapital. Kein Wunder, daß immer mehr in die Industrie abwandern. Hier dienen sie dann als billige Arbeitskräfte, haben sie die Funktion der industriellen Reservearmee, die die Löhne drücken soll. Nirgends zahlen die Bosse weniger als in ländlichen Gebieten. 'Lohnintensive Industrien', das heißt, Industriezweige, die noch relativ viel Handarbeit erfordern, die nur wenig mechanisiert sind, werden immer mehr in ländliche Gebiete verlegt, weil hier die Arbeiter - sprich die ruinierten Bauern - billiger sind.

Nein, die Bauern sind objektiv nicht reaktionär! Sie gehören zu den vom Kapital am meisten ausgesaugten Volksschichten. Und immer mehr richten sich die Bauern demonstrieren gegen die Geldsäcke. Parolen wie 'Supergewinne für Schweizer Aktionäre!' - Unterbezahlung für die Bauern! - oder: 'Brandt und Schiller, Bauernkiller' oder 'Bauern schaffen - Banken raffen' sind alles andere als reaktionär!

Kommunistische Partei der Schweiz / Marxisten-Leninisten gegründet Grusstelegramm

An die KPS/ML
Liebe Genossen!

Hamburg, im Februar 1972

Wir beglückwünschen Euch zur erfolgreich durchgeführten Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten und senden Euch unsere brüderlichen Kampfesgrüße.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die KPS/ML die schweizer Arbeiterklasse prinzipienfest auf dem Weg zur Revolution zum Sturz der bürgerlichen Diktatur und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats führen wird.

Durch die revisionistische Entartung der Schweizer Partei der Arbeit war die Schweizer Arbeiterklasse lange Zeit ohne revolutionäre Führung. Seit 1966 hat die Organisation der Kommunisten der Schweiz (OKS/ML) im Kampf gegen den modernen Revisionismus einen Kern von Revolutionären geschaffen und eine marxistisch-leninistische Linie entwickelt. Das Zentralorgan der OKS/ML, Oktober, hat den Marxismus-Leninismus in der Schweizer Arbeiterklasse propagiert und zum Ausbau und zur Festigung der Organisation beigetragen.

Im Kampf gegen bürgerliche Anschauungen innerhalb der Organisation wurde die Gründung der KPS/ML durchgeführt. Die KPS/ML ist eine Kommunistische Partei neuen Typus, eine Partei, die entschlossen den Weg zur gewaltsamen Befreiung des Proletariats geht. Mit der Gründung der Partei hat eine neue Epoche im revolutionären Kampf gegen die Schweizer Bourgeoisie begonnen. Die Gründung der KPS/ML bedeutet eine weitere Stärkung für die marxistisch-leninistische Weltbewegung.

Es lebe die KPS/ML!

Revisionistisches

Striptease - Kultur oder Wissenschaft?

'Zycie Warszawy' ist nach dem Zentralorgan der revisionistischen 'Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei' die seriöseste 'sozialistische' Zeitung Polens. In dieser Zeitung stand kürzlich folgende Anzeige:

"Das hauptstädtische Unternehmen für öffentliche Darbietungen ... stellt ein in der Eigenschaft als Stripteaseusen Damen mit guter tänzerischer Darbietung im Alter bis zu 22 Jahren. Persönliche Vorstellung... im Restaurant 'Kongress'.

Dieses Unternehmen spielt sich nicht in irgendeinem Dämmer-schuppen ab, sondern im Warschauer 'Palast der Kultur und Wissenschaft. Erst vor kurzem hat in diesen Räumen der Parteitag stattgefunden.

Im 'Kommunismus'

Parteispitzenbosse, Regierungsmitglieder, namhafte Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler erhalten in der Sowjetunion keinen Lohn. Sie haben einen unbegrenzten Blanko-Kredit. Für sie ist der 'Kommunismus' schon angebrochen. Sie haben Zugang zu westlichen Devisen und damit zum westlichen Luxus-Konsumgüterangebot. Sie haben eigens für sie reservierte Geschäfte, wo jederzeit alles zu haben ist, und zu denen kein gewöhnlicher Sowjetsterblicher Zutritt hat. Sie haben eigene Villen, eigens für sie reservierte Ärzte, Spitäler und Ferienorte. Ihre Privilegierung gegenüber den sowjetischen Werktätigen ist höher als die von westeuropäischen Millionären gegenüber den dortigen

Zinsen, und die Landmaschinen-Fabriken stoßen sich gesund. In den letzten 10 Jahren hat sich die Verschuldung der Landwirtschaft mehr als verdoppelt. Seit 1950 wurden etwa ein Drittel aller Höfe aufgegeben, weil sie ihre Besitzer nicht mehr ernähren konnten. Und bis 1980, so ist geplant, soll die Bauernschaft reduziert werden: von 2,4 Millionen auf eine Million!

Die Bauernschaft ist der natürliche Verbündete des Proletariats. Der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft ist nicht antagonistisch, er muß mit dem Mittel der Überzeugung gelöst werden. Alles andere ist Geschwätz der Kapitalisten oder ihrer Knechte, das nur dazu dienen soll, das Volk zu entzweien und seine Kampfkraft zu lähmen!

BAUERN WEHREN SICH GEGEN MILITARISMUS

Die Dornier-Werke, eine der Hauptstützen der westdeutschen Luftfahrt- und Rüstungsindustrie, haben wieder einmal jedem deutlich gemacht, was Gesetze wert sind, die den Kapitalisten ausnahmsweise nicht dienen, sondern ihnen im Wege stehen.

Um einen großen NATO-Auftrag ausführen zu können, wollten sie in Unterbrunn bei Starnberg eine riesige Flugzeughalle bauen. Die Unterbrunner Bauern wehrten sich dagegen. Eine Dornier-Landebahn reichte ihnen schon. Sie wollten nicht noch stärker dem Flugzeuglärm und der Luftverpestung ausgesetzt sein. Vor allem sollte ihr Dorf nicht zu einem NATO-Tummelplatz und zum militärischen Ziel werden. Deshalb verweigerte die Gemeinde die Baugenehmigung.

Aber das störte die Dornier-Kapitalisten gar nicht. Sie wußten, daß ein NATO-Auftrag und der Profit der Rüstungsindustrie für den kapitalistischen Staat viel mehr gelten als ein 'Haufen' Bauern und ein Gemeinderat. Also bauten sie ihre Flugzeughalle einfach 'schwarz' - ohne Baugenehmigung.

Viele Bauern sagen nun: Wir hätten gar nichts tun können. Den Schwarzbau mit Gewalt abreißen ist Blödsinn und hätte uns nur ins Gefängnis gebracht. Und einen Prozeß gegen Dornier hätte sich die Gemeinde nicht leisten können. Und außerdem hätte sie ihn verloren, denn hinter Dornier steht doch die Regierung.

Manches ist da richtig, aber nicht alles: man kann nämlich sehr wohl kämpfen, auch die Demonstrationen der Bauern beweisen das wieder. Und es gibt auch andere Kampfformen, die jetzt schon anwendbar sind: in Niedersachsen, nahe der holländischen Grenze, haben kürzlich die Werktätigen, darunter auch viele Bauern, ein Bombenabwurf-gelände besetzt und dadurch verhindert, daß die englischen Besatzungsgruppen hier ihre Kriegsübungen abhalten. Solche Kämpfe müssen richtig organisiert werden. Dazu müssen sich die kampfentschlossensten unter den werktätigen Bauern zusammenschließen und gegen den Einfluß der Bonzen und Abwiegler kämpfen. Die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei unterstützt diese richtigen Kämpfe.

Es leben die immer siegreichen Ideen von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung!

ZK der KPD/ML
Ernst Aust
(Vorsitzender)

So geht es weiter in Chile!

Südamerika, wie die ganze Welt, steht vor einem außerordentlichen Aufschwung des revolutionären Kampfes. Die revisionistischen Führer in Chile haben sich durch das eine Jahr, seitdem sie an der Regierung beteiligt sind, besonders gut entlarvt: Die Lage der Werktätigen hat sich in keiner Weise verbessert. Im Gegenteil, die Preise steigen erheblich schneller als die Löhne.

Im letzten Jahr gab es keine Kampffraktion ohne die Beteiligung der Marxisten-Leninisten, oft sogar standen die Kämpfe unter Führung der Partei. Nur durch den bewaffneten Kampf, durch die Ergreifung der Macht ist etwas zu verändern.

(Aus einer Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles)

Kolumbianische Volksstreitkräfte im Vormarsch

Die Volksarmee in Kolumbien kämpft unter Führung der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei insbesondere im nordwestlichen Teil des Landes und in der Nähe von Bogota. Sie überfallen Militärposten, zerstören Polizeistationen und haben ein Dorf 5 km nördlich von Bogota angegriffen, wo sie den Großgrundbesitzer, einen verhassten Ausbeuter und Blutsauger, töteten.

Unsere kolumbianische Bruderpartei hat ein klares Programm zur nationalen und sozialen Befreiung festgelegt. Sie hat die pazifistischen Thesen der Revisionisten über einen 'friedlichen Weg' verworfen und sieht im Volkskrieg

die hauptsächlichste Kampfform. Im Kampf gegen die einheimische reaktionäre Clique und die ausländischen Imperialisten werden Patriotische Komitees als Keimformen der Volksmacht aufgebaut. Die Volksarmee verstärkt von Tag zu Tag ihren Kampf.

Theorie und Praxis

Die letzte Nummer der ROTEN FAHNE, des Zentralorgans der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs, bringt einen ausgezeichneten Artikel zu Fragen, die auch bei uns in letzter Zeit diskutiert worden sind: das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtsein, von Theorie und Praxis, von Partei und Arbeiterbewegung. Der Artikel unserer österreichischen Bruderpartei gibt auch eine gute Einschätzung der Rolle der marxistischen Intellektuellen in unserer Zeit und des Verhältnisses der Partei zu anderen revolutionären Gruppen.

Rote Fahne

Zentralorgan der
Marxistisch-Leninistischen
Partei Österreichs
MLPO

1150 Wien, Goldschlagstr. 64/5

gen Arbeitern.

'Selbsthilfe'

Überall in der Sowjetunion existiert ein blühender schwarzer Markt. Er wird zur Hauptsache mit Diebesgut beliefert. Beliebte ist der Diebstahl an Benzin. Beliebte ist auch die Methode, auf abfallenden Strassen den Leerlauf einzuschalten, um schwarzhandelbares Benzin einzubehalten. Gigantisch ist der Handel mit Ersatzteilen. So gibt es in Moskau beispielsweise richtige Märkte, wo gestohlene Ersatzteile vor den Augen der Polizei verkauft werden. Die 'Prawda' berichtete, dass mit diesem Diebesgut ganze Autos produziert würden. Scheibenwischer, Zahnräder, Pedale, Kolben, Kolbenringe, Reifen, Schläuche, Felgen, elektrisches Zubehör, alles ist zu haben.

'Lohnende Geschäfte'

Lohnend wird die Anstrengung für den Kolchosbauern in der Sowjetunion dann, wenn er die Produkte auf eigene Rechnung erzeugt. Auf seinem Land baut er Obst, Gemüse und Blumen an, zieht Hühner und Kälber, stellt auch Butter und Sonnenblumenöl her und trägt die Waren auf den Markt. Er kann sie sogar auf den Markt fliegen. Gesetzt den Fall, er lebe in Georgien, vier Flugstunden von Moskau entfernt: der Flug von Tbilissi nach Moskau und zurück kostet ihn 64 Rubel, an Freigepäck erlaubt Aeroflot 30 kg. Wenn er soviel Tomaten beieinander hat, packt er sie in einen Koffer, fliegt damit nach Moskau und verkauft sie dort auf dem Zentralmarkt zu Preisen, die sich im Sommer um drei Rubel das Kilo, im Winter um 15 Rubel bewegen. Sein Erlös liegt somit zwischen 90 und 450 Rubel.

Viele Georgier, Armenier und Usbeken leben von diesem einträglichen Privathandel.

FÜR DIE EINHEIT ALLER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTEN IN DER KPD ML!

„Nicht durch Verschweigen oder Herunterspielen der gegensätzlichen Ansichten führen Kommunisten prinzipielle Auseinandersetzungen, sondern durch die Kritik und Selbstkritik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Falsche Standpunkte müssen mit aller Schärfe zurückgewiesen und als Abweichungen gebrandmarkt werden. Der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten zeichnet sich nicht durch prinzipienlose Vereinigungsmacherei aus, sondern durch die Annahme des vom Standpunkt der Arbeiterklasse Richtigen und Fortschrittlichen und die Verwerfung des Falschen und Reaktionären. Ein Drittes gibt es nicht.“

(aus: 'Zwei Wege in den Sumpf des Opportunismus'
Broschüre der 'KPD/ML - Rote Fahne')

In Nr. 3 der Roten Fahne (Bochum) vom 7.2.1972 erschien ein Artikel unter der Überschrift 'Es lebe die Einheit der Marxisten-Leninisten', in dem im vollen Wortlaut eine Erklärung (Offener Brief) einiger ehemaliger Genossen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen unserer Partei abgedruckt wurde. Wir haben den gleichen Brief erhalten und ihn im vollen Wortlaut in unserem internen Organ 'Parteiaufbau' und dem Organ unserer Massenorganisationen 'Die proletarische Linie' veröffentlicht, und unseren Mitgliedern, Kandidaten und Mitgliedern der Massenorganisationen zur Diskussion unterbreitet. Wir haben von einer Veröffentlichung im ROTEN MORGEN abgesehen, weil wir, aus Fehlern lernend, zu dem Schluß gekommen sind, daß in Zukunft zu wichtigen politischen Fragen - und die Herstellung der

Positionen des Zwei-Wege-Artikels vertreten, die Gelegenheit gegeben, sich hinter den Fehlern und der Unsachlichkeit eurer Kritik zu verbergen, und denjenigen Genossen, die von Anfang an Bedenken gegen die Zwei-Wege-Theorie hatten, wurde dadurch die Korrektur der revisionistischen Fehler dieses Artikels erschwert. Oder war es nur Taktik? Sollte die Sumpf-Broschüre nur die Widersprüche in den Reihen unserer Partei verschärfen. Dazu hätte es dieser Broschüre nicht bedurft. Sie mußten sich zwangsläufig verschärfen, da der Vorrang des ideologischen Aufbaus der Partei nicht beachtet worden war. Dadurch, daß der bewußt geführte Kampf zweier Linien nicht genügend stattfand, sondern sich weitgehend spontan entwickelte. Dadurch, daß die ideologische Abgrenzung der Partei zu anderen Gruppen und

Wir sind bereit, diese Selbstkritik zu leisten und haben bereits in der Selbstkritik unseres ersten Zentralkomitees damit begonnen. Und wir werden sie fortsetzen. Deshalb ist es uns auch schlicht unverständlich, wenn die Verfasser des 'Offenen Briefes' behaupten, daß es bisher 'kein Indiz für eine Zurücknahme' der im Artikel 'Bauen wir eine starke bolschewistische Partei auf' enthaltenen Fehler gibt. Wissen sie doch, daß nicht nur dieser Artikel, sondern auch die Plattform, der Zwei-Wege-Artikel und andere Abweichungen einer schonungslosen Selbstkritik unterzogen werden. Warum diese Unwahrheit, Genossen?

Genauso unwahr ist es auch, wenn die Polit-Abteilung beim ZB in ihrem Vorwort zum Offenen Brief erklärt: 'Um den Genossen Ernst Aust hat sich ausser dem gesamten Technischen Apparat der KPD/ML (Roter Morgen) nur noch Bayern und ein Teil des Westberliner Landesverbandes der KPD/ML (Roter Morgen) gesammelt. Diese Gruppe ist der Ansicht, daß zwar verschiedene Fehler in der Politik der KPD/ML (Roter Morgen) gemacht worden sind, daß es aber keinen Anlaß dazu gibt, etwa die Grundlagen der Spaltung der KPD/ML Anfang 1970 zu überprüfen und Selbstkritik zu üben.'

Demokratischen Zentralismus aus? Ihr müßt schon entschuldigen, daß es uns wie ein Witz erscheint, wenn ihr schreibt, daß von euren acht Landesverbänden 'ein Landesverband eine gewählte Leitung und ein gewähltes Landessekretariat' hat. Warum dürfen eure Mitglieder nur nach Genehmigung durch das ZB eine Leitung wählen? Warum habt ihr kurz nach der Spaltung den Passus des Statuts außer Kraft gesetzt, nach dem ein Drittel der Mitglieder die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags verlangen kann? Habt ihr soviel Angst vor euren eigenen Mitgliedern, traut ihr ihnen sowenig kritisches Urteilsvermögen zu?

Warum werden bei euch - korrigiert uns, wenn es nicht stimmt, - nicht die Klassiker des Marxismus-Leninismus geschult? Warum beschränkt ihr euch in der Schulung eurer Parteimitglieder auf Sekundär-Literatur, das heißt auf von euch herausgegebene und zusammengestellte Materialien? Wißt ihr nicht, daß dies eine revisionistische Praxis ist?

Wenn ihr wißt, daß alle jungen marxistisch-leninistischen Parteien im scharfen Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden, auch die KPD/

ML, wie kommt es dann, daß eure Partei im Gegensatz zu dieser allgemeingültigen Erscheinung im scharfen Kampf gegen den 'Ezrismus' - was immer das sein soll - entstanden ist. Daß dieser Kampf für euch das wichtigste ist? Soll das heißen, daß für euch der Kampf gegen den modernen Revisionismus nebenrangig ist? Viele eurer Äußerungen sprechen dafür.

Wie lange wollt ihr eure Plumps-Theorie, nach der die SED und KPD erst 1956 schlagartig nach dem XX. Parteitag der KPdSU und auf äußeren Druck vonseiten der Sowjetunion revisionistisch wurde, noch aufrechterhalten? Wißt ihr nicht, daß die äußeren Bedingungen nur vermittels der inneren Widersprüche wirksam werden? Die Sonne kann eben keinen Stein ausbrüten. Wenn die Voraussetzungen dafür nicht schon vorher vorhanden gewesen wären, wäre die KPD niemals revisionistisch entartet. Die Partei der Arbeit Albaniens entartete doch auch nicht, obwohl der Druck vonseiten der Sowjetunion recht massiv war. Aus dieser eurer Auffassung können schwerwiegende revisionistische Abweichungen entstehen und sind bei euch -

KRITIK UND SELBSTKRITIK

Liebe Genossen!

Der Rote Morgen 16/71 ist ein großer Schritt vorwärts, die proletarische Massenlinie voll zu entwickeln. Er hat noch gewisse Schwächen - so wird etwa im Artikel 'Der Befreiungskampf der

torische Tendenz auftauchen und wir deshalb wachsam sein müssen, ist der Artikel 'Währungskrise ungelöst' im RM 1/2 72.

Auffällig sind schon die unnötige Länge des Artikels und die vielen unverständlichen bürgerlichen Statistiken. Weshalb ist

Einheit der Marxisten-Leninisten ist eine solche Frage - erst nach ausführlicher Diskussion in der Partei im ROTEN MORGEN Stellung genommen wird.

Dennoch läßt sich zur Veröffentlichung des 'Offenen Briefes' und dem Vorwort der 'Polit-Abteilung' beim Zentralbüro der KPD/ML (der Gruppe Rote Fahne Bochum) schon jetzt einiges sagen. Die Polit-Abteilung schreibt: 'Wir drucken den Offenen Brief deshalb ab, weil wir der Ansicht sind, daß alle ehrlichen Bemühungen um die Einheit der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland unterstützt werden müssen und unsere Partei ihre eigenen Fehler nur korrigieren kann, wenn sie die ideologische Diskussion in der marxistisch-leninistischen Bewegung fördert und sich aktiv daran beteiligt.'

Das ist neu. Vor einem Jahr, als wir im ROTEN MORGEN schrieben: 'Genossinnen und Genossen der anderen marxistisch-leninistischen Gruppen und Organisationen, laßt uns gemeinsam in sachlicher und prinzipienfester Diskussion den schädlichen Zustand des Zirkelunwesens ... überwinden... Stellen wir als ersten Schritt jede unsachliche, prinzipienlose Polemik gegeneinander ein. Beginnen wir die Diskussion um noch zu klärende Fragen mit dem Ziel der Einheit. Der Einheit auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen. Der Einheit in der bolschewistischen Partei des Proletariats' - damals war eure Antwort die 'Sumpfbroschüre'. Eine berechtigte Kritik an unserem Zwei-Wege-Artikel, allerdings in Form eines unsachlichen Angriffs mit selbst einer Reihe von Fehlern. Wem habt ihr damit genutzt? Niemandem. Ihr habt denjenigen, die die revisionistischen

Partei- und anderen Gruppen und Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen berufen, also auch zu euch, stark vernachlässigt wurde.

Wir haben daraus gelernt und deshalb auch ein Zitat eurer 'Sumpfbroschüre' an den Anfang dieses Artikels gestellt, ein Zitat, das wir für korrekt halten. Und wir wollen doch nicht annehmen, daß ihr, nachdem wir die zeitweilig bei einigen Genossen von uns bestehende Tendenz zu einer prinzipienlosen Vereinigung korrigiert haben, euren damals vertretenen korrekten Standpunkt verlassen wollt. Dieser Eindruck drängt sich allerdings auf, wenn man weiß, daß der Genosse Klaus D., der für den 'Offenen Brief' verantwortlich zeichnet, einer der stärksten Befürworter dieser Art von Vereinigung war. Was allerdings auf den Genossen G.A., der auch zu dem Kreis der Genossen gehört, die den Brief herausgegeben haben, nicht zutrifft. Schließlich gehörte er zu den drei Verfassern der mit Recht kritisierten Plattform des ersten ZK der KPD/ML. Keinesfalls dürfen wir zu der dringend erforderlichen Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML nach dem Motto kommen: Wir streichen ein bißchen ab, ihr streicht ein bißchen ab, schließlich haben wir ja alle beide Fehler gemacht.

Nein, ein solches Vorgehen wäre weder vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus korrekt, noch würde es zur Einheit der Marxisten-Leninisten auf einer prinzipiellen Basis führen. Dazu bedarf es der scharfen Zurückweisung aller falschen Standpunkte und Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen. Dazu gehört offene, schonungslose Kritik und Selbstkritik.

★

Genossen, wer hat euch diesen Bären aufgebunden, wer hat euch erzählt, daß wir die Grundlagen der Spaltung von 1970 nicht erneut überprüfen und unsere Fehler (allerdings auch eure, und die scheinen uns wesentlicher zu sein) selbstkritisch und kritisch überprüfen. Wie kommt ihr zu der Auffassung, die KPD/ML bestünde nur noch aus dem Technischen Apparat, Bayern und einem Teil des Landesverbandes Westberlin? Was heißt hier Teil? Wenn eine Handvoll Liquidatoren, ein Bruchteil der Genossen des Landesverbandes hinausgesäubert wird, dann sprecht ihr davon, daß der Landesverband Westberlin nur noch aus einem Teil bestünde. Ähnlich war es im Landesverband Wasserkante, nur, daß hier die Minderheit von Genossen, die sich aus opportunistischen Gründen von der Partei absonderte, etwas größer war. Und was die anderen Landesverbände betrifft, so schreitet die Reorganisation recht zügig voran, so hat der Landesverband Südwest schon wieder eine gewählte Leitung. Nur der Landesverband Nordrheinwestfalen, wo ihr am stärksten seid, wurde durch die Liquidatoren weitgehend liquidiert.

Was soll diese Art von Argumentation? Der Kampf um die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML ist kein Zahlenspiel, wieviel habt ihr dort und wir hier, er ist der Kampf um die korrekte proletarische Linie.

Aber wie steht es bei euch mit dieser Linie? Habt ihr eure Organisation vorrangig ideologisch aufgebaut? Wie steht es bei euch zum Beispiel mit dem bewußt geführten Kampf zweier Linien, dessen Grundlage in einer kommunistischen Partei der Demokratische Zentralismus ist?

● Wie sieht es bei euch mit der Verwirklichung des Prinzips des

albanischen Frau' ständig von 'der Frau' geredet, ohne Klassenunterschiede aufzuzeigen -, aber diese Schwächen können wir leicht überwinden, je fester wir uns mit der Arbeiterklasse verbinden.

Aber in diesem RM taucht in dem Artikel 'Staatsfeind Nr. 1' eine liquidatorische Tendenz auf, die wir scharf zurückweisen müssen.

Dort heißt es: 'Niemand war von diesem neuen Verbrechen (der Ermordung von G. Rauch durch die Polizei) überrascht, niemand schien empört zu sein... Man gewöhnt sich daran...'. Das ist falsch! Die meisten Leute sind empört und wollen sich die Überfälle der Polizei nicht gefallen lassen. Und wir müssen auch empört sein über diesen gemeinen hinterhältigen Mord.

Richtig heißt es in dem Artikel weiter, daß der individuelle Terror der Anarchisten der Befreiung der Arbeiterklasse garnichts nützt. Die Kapitalistenklasse läßt die Anarchisten heute ebenso abschlagen wie der Zar im vorigen Jahrhundert die russischen Narodniki. Und das lenkt nur von den Zielen der proletarischen Revolution ab und hilft keinem weiter. Aber stimmt es wirklich, daß die Bourgeoisie die Anarchisten 'hegt und pflegt' und 'sie am langen Strick laufen läßt, wie einen Tanzbär'? Das hieße doch, daß die Bourgeoisie so mächtig und überlegen ist, daß sie - wie es ihr grad paßt - den Kampf bestimmen kann. Und dazu wird noch behauptet, daß die Bevölkerung von diesen Brutalitäten der Polizei 'keine Notiz nimmt'. Nein, die Bourgeoisie schwebt nicht auf hohem Throne über allem, sie hat nicht alle Fäden in der Hand, mit denen sie die Anarchisten oder gar die Volksmassen wie Marionetten tanzen läßt. Sondern die Bourgeoisie zittert vor ihrem Niedergang. Es ist so, wie es der Genosse Aust kürzlich auf der Arbeiterversammlung in Gießen gesagt hat: 'Die Bourgeoisie verfällt in panische Hysterie, wenn 5 Anarchisten mit Pistolen spielen. Wie wird es erst sein, wenn 500, 5000, 50 000 Arbeiter zu den Waffen greifen!'

Ein weiteres Beispiel dafür, daß bei uns immer noch liquida-

der Artikel überhaupt geschrieben worden? Was da drin steht, kennt man ausführlicher aus den bürgerlichen Zeitungen.

Auch in diesem Artikel wird wiederum die Stärke des Imperialismus in den Vordergrund geschoben: 'Der US-Imperialismus wird schwächer, während der westdeutsche und japanische Imperialismus immer stärker werden', 'gleichzeitig werden andere imperialistische Mächte immer stärker' usw. Die Arbeiterklasse und die aufstrebenden Klassenkämpfe werden dabei glatt 'übersehen' - wie in der revisionistischen '2-Wege-Theorie'.

Die richtigen 4 Punkte am Schluß hätte sich der Verfasser auch am Anfang als Frage stellen müssen. Dann wäre ihm klar geworden, was so ein Artikel sagen muß. Die Schlußfolgerungen geben Antwort auf die wichtigste Frage: 'Was heißt das für die Arbeiterklasse und ihren Kampf?' Der übrige Teil des Artikels aber fällt herein auf den bürgerlichen Informationsstil, der die Bourgeoisie als Träger der Geschichte hinstellt. Die Arbeiterklasse muß dagegen - wo sie überhaupt erwähnt wird - all diese Mächtigkeiten der Bourgeoisie passiv erleiden.

Das ist eine Auffassung, die Liquidatoren und Revisionisten teilen: Die Bourgeoisie ist ungeheuer mächtig, die Massen aber sind dumm und lassen alles mit sich geschehen. Man kapituliert vor dem 'übermächtigen' Feind, die Massen müssen von oben gegängelt werden. Die Revolution findet 'von oben' statt. Entweder man einigt sich gleich mit der Bourgeoisie (Revisionisten) oder auf Umwegen, indem man die Revolution auf 'später' verschiebt.

Wir müssen diese Auffassungen in allen ihren Erscheinungsformen konsequent bekämpfen und unsere ganze Politik auf eine kämpferische proletarische Massenlinie ausrichten. Laßt uns den Roten Morgen dabei unterstützen, indem wir Artikel und Fotos von den aufstrebenden Klassenkämpfen einsenden!

Ein Genosse aus Marburg

wie wir feststellen mußten - bereits entstanden.

● Seid ihr der Meinung - ihr habt es geschrieben - daß es heute in der Bundesrepublik noch eine Situation gibt, oder eine solche entstehen könnte, in der das Proletariat seine Klasseninteressen den 'allgemeinen gesellschaftlichen Interessen' unterordnen muß? Hat es eine solche Situation jemals gegeben?

Es gibt noch viele Fragen. Wir werden demnächst ausführlich zu euren ideologischen und politischen Aussagen Stellung nehmen. Wenn es im Offenen Brief heißt, daß angeblich ein führender Vertreter unserer Partei gesagt habe, daß die 'KPD/ML (Rote Fahne)' 'eine durch und durch revisionistische Organisation' sei, so können wir dem - wenigstens was die Linie des Bolschewik und einiger von euch veröffentlichter Broschüren betrifft - nicht unbedingt widersprechen.

Doch heißt das für uns, daß wir nicht bereit sind, mit euch den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten zu führen? Im Gegenteil. Wenn wir in den geplanten Abgrenzungsartikeln unserer Partei zur 'KPD/ML (Rote Fahne)', zum KAB, zur 'KPD/DAO' und anderen euch

an die erste Stelle gesetzt haben, so heißt das keineswegs, daß die revisionistischen bzw. neorevisionistischen Abweichungen bei den anderen Organisationen geringer sind.

Trotzdem haben wir die Verpflichtung, falsche Standpunkte, die ihr vertretet, mit aller Schärfe zurückzuweisen. Das gleiche verlangen wir von euch mit Bezug auf uns. Beginnen wir mit der sachlich geführten, ideologischen Auseinandersetzung. Wenn wir sagen und beweisen, daß es bei euch eine revisionistische Linie gibt, so heißt das nicht, daß wir den Kampf gegen einen eurer Genossen führen. Kommt ihr zu der Einsicht, gelingt es uns, euch davon zu überzeugen, dann ist es neben der zu leistenden Selbstkritik eure Aufgabe, zu untersuchen, wer bei euch für diese schwerwiegende Abweichung verantwortlich ist. Zuerst die Abgrenzung, dann die Diskussion - ausgehend vom derzeitigen Stand der Klassenkämpfe und von den Erfordernissen zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution - um die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben, das ist der Weg zur Erreichung der Einheit aller revolutionären Kommunisten in der KPD/ML.

Kritik an dem Artikel im Roten Morgen Nr. 16 (Dez. 71): 'IGM-Führung verschaukelt Metallarbeiter - 7,5%'

War die Metalltarifrunde im letzten Herbst nichts weiter als eine Schmierkomödie des Dreibundes? Sind die Metallarbeiter auch in Zukunft immer die Betrogenen? Das könnte man glauben, wenn man den Artikel zur Tarifrunde im Roten Morgen gelesen hat.

Führten die Metallarbeiter in Nordwürttemberg etwa keinen harten Kampf gegen die Unternehmer? War ihr großer Streik etwa nichts Positives, sondern bloß 'Augenwischerei'? Ist nicht jeder Streik,

nur die Kapitalisten und ihre Handlanger, während die Arbeiterklasse sich vollkommen passiv verhält, und nur dadurch auffällt, daß sie 'wie immer' betrogen wird. Dies ist eine revisionistische Tendenz! Da steckt die Theorie von der Rückständigkeit der Massen drin, da wird völlig vergessen, daß das Volk und nur das Volk die Triebkraft der Geschichte ist. Wenn wir so vorgehen wie in diesem Artikel, dann stellen wir uns wie ein Schulmei-

Keine Kommunistenprozesse in der Bundesrepublik! Freispruch für die 7 Münchner Sympathisanten der KPD/ML!

In der Bundesrepublik Deutschland sind fortschrittliche, oppositionelle Kräfte einer zunehmenden politischen Verfolgung ausgesetzt. In Gesetzgebung, Justiz und Polizei zeichnen sich Tendenzen ab, die nur als faschistisch bezeichnet werden können, und die den Grundsätzen eines Rechtsstaates Hohn sprechen. Reaktionäre Gesetze wie die Notstandsgesetze, das Bundesgrenzschutzgesetz, das Ausländergesetz, der berüchtigte Paragraph 129, der Ausschluß links- und rechtsextremistischer Kräfte aus dem Staatsdienst (Beschluß der Innenministerkonferenz vom 28.1.72) sind den Prinzipien einer bürgerlichen Demokratie diametral entgegengesetzt.

In Worten versuchen Politiker und Presse den Anschein zu erwecken, als gelte es, die deutsche Demokratie vor linken und rechten Angriffen zu schützen. Die Praxis aber zeigt, daß derartige Gesetze auf linke, oppositionelle und revolutionäre Kräfte zugeschnitten sind. Während alte Nationalsozialisten, die schon das 3. Reich 'schützten', heute unangefochten, wie z.B. Schrüebbers, der Leiter des Verfassungsschutzes, die Demokratie 'schützen', haben in den letzten Jahren Staat, Justiz, Polizei und Springerpresse eine gemeinsame Kampagne geführt, die der Bevölkerung dieses Landes weismachen soll: 'Alle Linken sind Verbrecher'. Angefangen bei Verboten und Verbotsandrohungen von fortschrittlichen und revolutionären Organisationen (1970: Verbot des Heidelberger SDS, 1971: Verbot des Heidelberger Patientenkollektivs, Verbotsandrohung gegen die KPD/Marxisten-Leninisten), über Willkürteile wie die gegen Kunzelmann

brechen in Verbindung brachte. Die Brandstiftung in einem jüdischen Altersheim in München, die versuchte Flugzeugentführung auf dem Flughafen München-Riem, der Münchner Banküberfall im letzten August, bei dem ein Bankräuber und eine Geisel von der Polizei brutal ermordet wurden - an all diesen Verbrechen sollte die KPD/Marxisten-Leninisten oder die Rote Garde beteiligt gewesen sein. Natürlich liesen sich diese absurden Behauptungen nicht aufrechterhalten. Die KPD/Marxisten-Leninisten ist eine kommunistische Partei und hat sich immer entschieden gegen Anarchismus und individuellen Terror abgegrenzt. Aber diese Verleumdungen gaben den Vorwand ab zu Hausdurchsuchungen, zu verstärkter Schnüffelei durch die Polizei und sie sollten - vor allem - diese Partei vor der Öffentlichkeit zur 'Kriminellenbande' abstempeln.

Aus dem gleichen Grund sollen in wenigen Wochen 7 Sympathisanten der KPD/Marxisten-Leni-

Aus Empörung über den Münchner Kommunistenprozeß haben fortschrittliche und liberale Kräfte ein Komitee 'Freispruch im Münchner Kommunistenprozeß' gegründet. - Auf der Grundlage der gegenseitigen Hilfe werden wir Flugblätter, Stellungnahmen und Erklärungen des Komitees veröffentlichen.

ge hinter Schloß und Riegel. Die KPD/Marxisten-Leninisten und ihre Jugendorganisation sollen zur 'Kriminellenbande' abgestempelt und als solche verboten werden. Dies geht aus der Anklageschrift eindeutig hervor, in der es heißt:

'Ob die Angeschuldigten und ihr Mittäter die weggenommenen Gegenstände sich selbst oder der Partei zueignen wollten, kann erst in der Hauptverhandlung geklärt werden.'

Das sagt klar: Sieben Kommunisten sitzen hier stellvertretend für ihre Partei auf der Anklagebank. Denn wenn erst einmal 'erwiesen' ist, daß Lanz, dieser Provokateur, 'beraubt und zusammengeschlagen' wurde, so kann - zugleich mit ihren sieben Sympathisanten - die KPD/Marxisten-Leninisten als 'Verbrecherorganisation' abgeurteilt werden. Wieder wird der alte schmutzige Trick angewandt: Es ist einfacher und bequemer, eine kommunistische Partei als 'Kriminellenorganisation' zu verbieten, als

ob er nun von der Führung verraten wird oder nicht, ein Ausdruck für den unversöhnlichen Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, bedeutet nicht jeder Kampf für die Proletarier eine Stärkung ihres Klassenbewußtseins? Werden die Arbeiter nur betrogen, werden sie keinerlei Erfolge im ökonomischen Kampf erringen bis zu dem fernen Tag, da sie eine revolutionäre Gewerkschaft haben (das ist möglicherweise erst nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats, im Sozialismus, soweit?)? Diese Fragen muß man stellen, wenn man den erwähnten Artikel im RM liest.

ster vor die Massen hin mit erhobenem Zeigefinger und sagen von oben herab: 'Da seid ihr aber wieder schön betrogen worden!' Auf diese Weise verstärken wir noch die Resignation und das Gefühl der Schwäche, das in der Arbeiterklasse schon so weit verbreitet ist. Auf diesen Artikel trifft im wesentlichen zu, was auch im nebenstehend abgedruckten Leserbrief an dem Artikel 'Währungskrise ungelöst' kritisiert wird und was in der 'Zwei-Wege-Theorie zum Prinzip' erhoben wurde: Daß man die Stärke der Bourgeoisie übertreibt und die Rolle der Arbeiterklasse un-

Die proletarischen Parteien und alle Revolutionäre müssen sich "Stürme um die Ohren pfeifen lassen, müssen kennenlernen, wie es draußen in der Welt aussieht; diese Stürme, das sind die gewaltigen Massenkämpfe, und diese Welt, das ist die große Welt des Kampfes der Massen". (Mao Tsetung) Sie müssen mit den Massen die gleiche Luft atmen, mit ihnen durch dick und dünn gehen, bescheiden von ihnen lernen, ihre lernwilligen Schüler bleiben und es gut verstehen, die revolutionäre Initiative der Massen ausfindig zu machen und aus den Massen Weisheit und Kraft zu schöpfen. Eine proletarische Partei kann sich erst dann stählen und heranwachsen, wenn sie sich im Stürmen und Wogen der Massenkämpfe einsetzt. Ebenso kann ein korrektes Programm und eine richtige Linie nur in der Praxis des Klassenkampfes der breiten Massen ausgearbeitet und entwickelt werden und wird dabei überprüft und durchgeführt.

(Peking-Rundschau, Nr. 12/1971)

Natürlich ist jeder Streik gegen verschärfte Ausbeutung und Senkung des Lebensstandards etwas positives. Natürlich kann man den Streik der über 100 000 Metallarbeiter nicht als 'Augenwischerei' titulieren. Natürlich brauchen die Metaller nicht zu warten, wenn sie für ihre Interessen kämpfen müssen, bis sie vielleicht eines Tages noch im Kapitalismus eine revolutionäre Gewerkschaft haben. Sicherlich war der Artikel im RM auch 'nicht so gemeint'. Dennoch kommt in solchen polemischen Fragen und Zuspißungen die falsche Grundtendenz richtig zum Ausdruck. Diese falsche Grundtendenz besteht darin, daß die Bedeutung und Rolle der spontanen Bewegung der Metallarbeiter einfach ignoriert, nicht gesehen wird.

Der Artikel tut so, als handelten

terschätzt, daß man die geschichtliche Entwicklung nur als Werk der Bourgeoisie betrachtet, während man die Arbeiterklasse schlicht 'vergißt'. So erziehen wir die Arbeiterklasse nicht zum Kampf, sondern werden selbst in den Nachtrab geraten. Wie können wir aber solche Tendenzen überwinden?

Diese Tendenzen sind Ausdruck von Sektierertum. Wir können sie nur überwinden durch die konsequente Verwirklichung der Massenlinie. Wir müssen Vertrauen in die Kräfte der Massen haben, müssen uns auf die Massen stützen und von ihnen lernen, müssen uns eng mit den Massen verbinden. Das darf jedoch nicht verwechselt werden mit einem anderen Fehler, in den wir auch teilweise schon verfallen sind: Mit der Anbetung der spontanen Bewegung.

teile wie die gegen Kunzelmann und Teufel, vom verstärkten Einsatz von Provokateuren (Urbach, Ruhland) bis hin zu Notstandsübungen, wie sie bei der Verfolgung der Baader-Meinhoff-Gruppe durchgeführt werden, mobilisiert die Reaktion alle Mittel - einschließlich dem des Mordes (Petra Schelm, Georg von Rauch) - um den Fortschritt mundtot zu machen. Die Münchner Staatsanwaltschaft sieht heute bereits in der politischen Gesinnung des Ingenieurs H.J. von Rauch einen 'Beweis' für einen angeblichen Mordversuch. Der bayerische Innenminister Merck verkündet: 'Alles, was links von der DKP steht, ist schlichtweg kriminell.'

Merck sagt damit offen, welches Ziel mit dieser Hetz- und Lügenkampagne verfolgt wird: Linke Kritiker, vor allem Kommunisten, sollen zu Kriminellen abgestempelt werden. Heute vergeht fast kein Tag mehr, an dem nicht ein Banküberfall, ein Raub, oder ein anderes Verbrechen linken Kritikern in die Schuhe geschoben wird. In der Springerpresse werden die Worte 'kommunistisch' und 'kriminell' bereits als Synonym verwendet.

Derartige Methoden, die Opposition auszuschalten, sind aus der Zeit des Hitler-Faschismus, aus den Zeiten übelster Kommunistenverfolgung unter der Adenauerregierung, noch in frischer Erinnerung. Sie müssen von allen Demokraten, Kommunisten und anderen linken Kräften entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden!

Auch die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und ihre Jugendorganisation, die Rote Garde, haben unter diesen Kriminalisierungsversuchen in zunehmendem Masse zu leiden. Neben offenen Verbotsandrohungen, wie sie im Herbst vergangenen Jahres ausgesprochen wurden, versuchten Justiz und Polizei in den letzten zwei Jahren die KPD/Marxisten-Leninisten dadurch vor der Bevölkerung zu diffamieren, daß sie sie mit allen möglichen Ver-

saaten der KPD/Marxisten-Leninisten und der Roten Garde vor dem Münchner Schwurgericht abgeurteilt werden. Die Anklage lautet auf 'schweren Raub und gefährliche Körperverletzung', den Angeklagten droht eine Mindeststrafe von 5 Jahren Gefängnis.

Die Münchner Staatsanwaltschaft stützt sich bei ihrer Anklage auf die Aussage des Agenten Hugo Lanz. Lanz war im Februar vergangenen Jahres aus der KPD/Marxisten-Leninisten ausgeschlossen worden, weil er Parteigelder unterschlagen und die Disziplin der Partei fortgesetzt gebrochen hatte. Aus Rachsucht stellte er den 7 Sympathisanten eine Falle: Er erklärte sich bereit, Parteieigentum zurückzugeben (Bücher, Broschüren, Zeitungen, Karteien usw.) und zeigte dann sieben Sympathisanten wehrlos an, die dieses Material bei ihm abholten.

Die Anklage gegen die sieben Sympathisanten der KPD/Marxisten-Leninisten läßt sich durch nichts aufrechterhalten. Die Lügen von Hugo Lanz, die Unglaubwürdigkeit seiner Aussagen, liegen auf der Hand. Trotzdem wurde Anklage erhoben. Der Grund: Es geht hier nicht um die Aburteilung von Kriminellen, sondern es handelt sich um einen politischen Prozeß. Sieben Kommunisten sollen aufgrund einer Agentenaussa-

sich mit ihrer politischen Aussage auseinandersetzen zu müssen. Dieser neue Akt der Kommunistenhetze kann nicht stillschweigend geduldet werden.

Gegen die Kriminalisierung kommunistischer und anderer fortschrittlicher Organisationen!

Gegen die zunehmende Faszisierung von Staat, Justiz und Polizei!

Keine Verurteilungen aufgrund von Agentenaussagen!

Keine politischen Willkürurteile!

Gegen Notstandsübungen der Polizei!

Freispruch für die sieben Münchner Sympathisanten der KPD/Marxisten-Leninisten!

Das Komitee 'Freispruch im Münchner Kommunisten-Prozeß' fordert alle fortschrittlichen demokratischen und kommunistischen Kräfte auf zur politischen, organisatorischen und finanziellen Hilfe in seinem Kampf gegen Kommunistenhetze und Willkürurteile.

Wenden sie sich an:

G. Wagner, 8 München, Nikolaistraße 15, Telefon 33 15 48.

Postscheckkonto:

Spendenkonto:

Becker

Deutsche Bank München

Konto Nr. 30/03621

Ich protestiere gegen die zunehmende Verfolgung von kommunistischen und anderen fortschrittlichen Organisationen!

Ich protestiere gegen die Kriminalisierungsversuche gegen Kommunisten und andere linke und demokratische Kräfte durch Justiz, Polizei und Presse!

Ich protestiere gegen politische Willkürurteile, gegen Aburteilungen aufgrund von Agentenaussagen!

Ich unterstütze das Komitee 'Freispruch im Münchner Kommunistenprozeß' und fordere:

**FREISPRUCH FÜR DIE SIEBEN MÜNCHNER
SYMPATHISANTEN DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN!**

.....
Name

.....
Adresse

SCHAUPROZESS

GEGEN J.H. VON RAUCH

Der Justizpalast in München gleicht einer Festung: 500 Polizisten mit Maschinenpistolen stehen bereit. Die Richter sind bewaffnet. Die Prozeßbesucher werden von Kopf bis Fuß 'gefilzt'. Kugelschreiber und Streichholzschachteln werden auseinander genommen und nach Bomben durchsucht. Am letzten Prozeßtag werden die Besucher sogar namentlich registriert! Das ist die Kulisse, die die Gemeingefährlichkeit des 'Schweren Jungs' von Rauch beweisen soll. Bewaffnete Gewalt soll eine Anklage rechtfertigen, die nur auf wackligen Füßen steht.

Staatsanwalt inszeniert Gesinnungsprozeß

Die Anklage gegen den Ingenieur Johann-Heinrich von Rauch ist durch nichts zu beweisen. Er soll zwei Mordversuche auf dem Gewissen haben. Und die sehen folgendermaßen aus:

1. Mordversuch: V. Rauch verliert zufällig beim Verlassen eines Geschäftes eine Pistole. Er hebt sie auf, fühlt sich beobachtet, rennt weg, wird eingeholt von einem Polizisten (der, oh Wunder, gleich zur Stelle ist), niedergeworfen. Rauch liegt auf dem Bauch, der zweizentnerschwere Bulle sitzt auf seinem Rücken. Und, man denke, in dieser Situation (!), ergreift der Angeklagte die Pistole, die nicht nur ein paar Meter aus seiner Reichweite gerutscht, die zudem noch **gesichert und nicht geladen** ist, und hält sie - er muß der reinste Schlangenmensch sein - dem Polizisten an die Schläfe. Das ist Mordversuch Nr. 1.

schaft ersetzt durch Meinungsmache, durch Gesinnungsterror. Herr Pawlowski, der Staatsanwalt, machts möglich: Aus einem 'Widerstand gegen die Staatsgewalt' und 'illegalem Waffenbesitz', den einzigen Tatsachen, die die bürgerliche Justiz von Rauch vorwerfen könnte, wird 'zweifacher Mordversuch':

1. Beweis: Rauch gehört zu einer 'linksextremistischen Terrororganisation'. **2. Beweis:** Seine Gesinnungsgenossen behaupten: Bullen sind Schweine und bedenkenlos zu bekämpfen.

Durch welche Beweise von Rauch zum Mitglied einer 'linksextremistischen Terrororganisation' abgestempelt werden sollte, das war schon toll! Wir können folgende Lehren daraus ziehen:

1. Wohnen sie niemals in einem Haus, in dem Linke wohnen oder gewohnt haben. Passen Sie in Zukunft auf. Sie können zur Ver-

wohner getürmt sind. Und warum sind sie getürmt? Weil sie Dreck am Stecken hatten. Und wer hat Dreck am Stecken? Linke! Logisch.

Mit derartig irrwitzigen Beweisen sollte also von Rauch zum Mitglied der Baader-Meinhoff-Gruppe hochgespielt werden! Denn das Gehirn des Staatsanwalts Pawlowski hat seltsame Windungen: **Läßt sich aus den Tatsachen kein Mordversuch nachweisen, dann verfähre man nach folgendem Rezept:**

1. Der Beschuldigte ist Linker, folglich Anarchist.
2. Als Anarchist ist er logischerweise Mitglied der Baader-Meinhoff-Gruppe.
3. Die Baader-Meinhoff-Gruppe ist, da sie anarchistisch ist, kriminell.
5. Da der Beschuldigte Mitglied einer Kriminellenbande sein muß, hat er Gesinnungsgenossen, denen ein Mordversuch zuzutrauen ist.

die Aussage eines bekannten Polizeispitzels, der natürlich genau weiß, wers war. Wie sollen aber die Verteidiger verteidigen können, wenn sie nicht einmal das Aktenmaterial, auf das sich die Anklage stützt, sehen dürfen? Mit dieser neuen Rechtsbeugung sollte der schwächste Punkt der Anklage gestützt werden.

Wenn die Verteidigung kein williges Werkzeug der Staatsanwaltschaft ist, dann soll sie wenigstens zum 'Gesinnungsgenossen' (und damit nach neuester Rechtsauslegung) zum Mittäter des Angeklagten werden. Gegen einen Verteidiger von Rauchs, Rechtsanwalt Langmann, läuft seit kurzer Zeit ein Ermittlungsverfahren. Er soll - natürlich - 'irgendwie' mit der Baader-Meinhoff-Gruppe zusammenhängen! So wird beantragt, Rechtsanwalt Langmann solle als Zeuge auftreten, ob die Aussage eines PoPo richtig ist! Ständige Suggestivfrage des Richters zu den Rechtsanwälten: 'Das ist doch auch Ihre Meinung?'

Die Gesinnungsschnüffelei dient dazu, die Verteidigung auszuschalten, wenn sie einen 'Gesinnungstäter' tatsächlich verteidigt und nicht der Justiz ans Messer liefert.

Da von der bürgerlichen Presse ein Proteststurm zu erwarten war - immerhin läßt sich die liberale Öffentlichkeit so eindeutig fa-

schistische Methoden noch nicht ohne weiteres bieten, immerhin ist von Rauch Professorensohn und 'verlorenes Schaf' der Bourgeoisie - wurde mit allen Mitteln versucht, eine Anti-Rauch-Hetze zu veranstalten. Die 'Schutzmaßnahmen' vor dem Justizpalast sprechen Bände. Wenn ein Angeklagter derart 'gesichert' werden muß, dann muß er doch gefährlich sein - oder? Das Bild von Rauchs, das durch die Presse ging, entstand unmittelbar, nachdem er von Polizisten zusammengeschlagen wurde (woran die Staatsanwaltschaft nichts auszusetzen fand!). Kein Wunder, daß er so entstellt nicht gerade sympathisch wirkt!

In München wurde kein 'Krimineller' abgeurteilt. In München wurde ein Musterprozeß veranstaltet, wie sie in nächster Zeit in großer Zahl geplant sind. Die verhafteten Mitglieder und Sympathisanten der Baader-Meinhoff-Gruppe, von denen einige schon - ebenfalls rechtswidrig - mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft sitzen; der Prozeß gegen die Münchner 'Banklady', der Münchner Prozeß gegen 7 Rotgardisten und Sympathisanten der KPD/ML - sie alle sind Schauprozesse, die die Urteile vorbereiten sollen, mit denen man dann leicht Kommunisten und darüber hinaus alle fortschrittlichen Menschen hinter Schloß und Riegel bringen kann.

ENTLARVT DIE KLASSENJUSTIZ!

Wir haben in der letzten Nummer des Roten Morgen berichtet, daß in wenigen Tagen in München der Prozeß gegen 7 Rotgardisten und Sympathisanten der KPD/ML beginnt. Sie werden beschuldigt,

sen kämpfen gegen die Versuche des bürgerlichen Staatsapparats, die KPD/ML als 'Kriminellenbande' zu verbieten. Zwar ist die Legalität nur eine Falle, die die Bourgeoisie den Kommunisten

Mordversuch Nr. 2: Der Begleiter v. Rauchs entflieht ebenfalls, in eine andere Richtung, er soll angeblich einen Schuß abgegeben haben, ob aus einer Spielzeugpistole, einem Luftgewehr oder aus einer Pistole, ist nicht mehr feststellbar. Da Rauch diesen Begleiter kennt, ist klar: Beide haben sich abgesprochen. Da sie sich abgesprochen haben müssen, ist v. Rauch auch an diesem Schuß schuld.

Das ist Mordversuch Nr. 2

Diese Tatsachen beweisen gar nichts. Nicht einen, und schon gleich gar nicht zwei Mordversuche. Aber v. Rauch ist ein 'Linker', als solcher 'kriminell' und muß eingekastelt werden. Was an Beweisen nicht beizubringen ist, wird also von der Staatsanwalt-

zukunft auf. Sie können zur Verantwortung gezogen werden, für das, was Ihr Nachbar zwei Stock höher tut!

2. Ihr Bruder wurde mal zusammen mit einem Linken festgenommen. Achten Sie immer darauf, was Ihre Geschwister treiben, es könnte für Sie gefährlich sein!

3. Fahren Sie niemals in einem Auto, in dem vorher ein Anarchist gesessen haben könnte.

4. Verlieren Sie niemals Ihren Paß! Er könnte von jemand gefunden werden, der sich eine Waffe damit besorgt. Und schon werden Sie zum Waffenbesitzer. Illegal, versteht sich.

5. Sie haben einen Schlüssel zu einer leerstehenden Wohnung. Leerstehende Wohnungen sind ein Beweis dafür, daß einmal Linke darin gewohnt haben. Denn warum stehen sie leer? Weil ihre Be-

6. Da der Beschuldigte solche Gesinnungsgenossen hat, ist ihm folglich selbst ein Mordversuch zuzutrauen.

7. Da ihm ein Mordversuch zuzutrauen ist, hat er ihn auch begangen.

Und so heißt es in der Anklageschrift gegen J.H. von Rauch unverfroren: "Es entspricht der diese Briefe tragenden Geisteshaltung, grundsätzlich auf Polizisten zu schießen." Bei den zitierten Briefen handelt es sich um die Post, die von Rauch im Gefängnis erhielt (nicht schrieb!) und die unterschrieben waren mit Sätzen wie: 'Wir werden siegen!' Klarer läßt sich kein Mordversuch nachweisen!

*

Faschistische Methoden von Justiz und Polizei

Staatsanwalt Pawlowski hat in diesem Prozeß vorexerziert, welche 'Beweisführungen' in Zukunft gegen Linke, gegen Kommunisten und radikale Demokraten angewendet werden sollen. Nach dem Motto: Da solche Elemente in den Knast gehören, muß sich ihnen auch was nachweisen lassen, werden skrupellos Tatsachen verfälscht, Lügen gedreht, Verbrechen konstruiert. Pawlowski kam diesmal noch nicht durch, wohlgeachtet: Dieses Mal. Denn das war nur ein erster Versuch, ein Vorgeschmack.

Aber die faschistischen Methoden des Staatsanwalts im Prozeß waren nur die eine Seite der Medaille. Im Rauch-Prozeß wurde vorgeführt, welche Mittel Justiz und Polizei sonst noch zur Verfügung stehen, wie diese wichtigen Bereiche des Staatsapparates zunehmend faschisiert werden.

Bei den Zeugen der Anklage handelt es sich stets um Zeugen vom

Hörensagen. Zumeist um Polizisten, von denen die Mehrzahl PoPos (Spitzel der Politischen Polizei) sind. Und die wissen natürlich, was sie zu sagen haben! Es fällt auf, daß sämtliche Polizisten von Rauch belasten, während die Tatzeugen, die die angeblichen Mordversuche miterlebt haben, den Angeklagten entlasten. Aber wer kommt schon gegen die Aussage von Polizei-bütteln an!

Bei der Vernehmung von Zeugen durch die PoPos werden geheime Protokolle angefertigt und vor Gericht verwendet. Rechtsbelehrung findet keine statt. In den Protokollen steht denn auch was anderes, als die Zeugen gesagt haben.

Die Anklage vor der Strafkammer ist ganz einfach ein Rechtsbruch. Dem Angeklagten wird eine Instanz genommen, wo Tatsachen untersucht werden. Denn die Vergehen, die ihm nicht angedichtet worden sind, sondern die ihm

nachgewiesen werden können, müßten vor dem Amtsgericht verhandelt werden. Statt Berufung (Einspruch gegen ein Urteil, das auf falscher Wertung von Tatsachen fußt) gibt es jetzt für von Rauch nur noch die Revision (bei der es nicht mehr darum geht, was der Angeklagte wirklich getan hat, sondern nur noch um juristische Formfehler). Die Chancen des Angeklagten werden also eingeschränkt. **Das Ergebnis sehen wir jetzt: Rauch wurde verurteilt wegen Waffenbesitz und Widerstand gegen die Staatsgewalt! Gegen das Terrorurteil von zweieinhalb Jahren Gefängnis kann er keine Berufung mehr einlegen.**

Den Verteidigern wurde Akten-einsicht verwehrt.

Am ersten Prozeßtag stellt sich heraus, daß der angeblich unbekannte Begleiter von Rauchs bereits seit letzten Herbst bekannt ist und verfolgt wird. Dazu kommt

Hugo Lanz, ein ehemaliges Mitglied der Ortsgruppe München der KPD/ML, der wegen Unterschlagung von Parteigeldern und Fraktionismus aus der Partei ausgeschlossen wurde, 'überfallen und ausgeraubt' zu haben. Diese absurde Behauptung des Agenten Lanz, die durch nichts zu beweisen ist, soll als Fallstrick für die ganze Partei ausgebaut werden. 7 Genossen werden als Kriminelle 'entlarvt'. 'Drahtzieher' soll natürlich die Partei sein, 'Kriminellenbanden' aber gehören verboten.

Mit dem 'Fall Hugo Lanz' setzt der Klassenfeind seine Angriffe auf die KPD/ML fort, die er seit ihrer Gründung 68/69 ununterbrochen gestartet hat: Sein Ziel war dabei immer, die Partei in der Öffentlichkeit als 'Vereinigung Krimineller', die Mitglieder als 'Politgangster' hinzustellen, um einen Keil zu treiben zwischen die KPD/ML und die Massen. Denn die Bourgeoisie weiß genau:

Kämpfen die unterdrückten, ausgebeuteten Volksmassen unter der Führung einer starken, schlagkräftigen bolschewistischen Partei, so hat der Klassenfeind keine Chance, dann ist sein letztes Stündlein gekommen. Um diese enge Verbindung zwischen der Avantgarde und dem Massen zu verhindern, sind dem Klassenfeind alle Mittel recht: Verleumdung, Kommunistenhetze, Kerkerstrafen. Und schließlich, wenn diese Methoden nichts nützen - und sie werden nichts nützen! - wird er versuchen, die offenste, reaktionärste Form der Diktatur der Bourgeoisie zu errichten: Den Faschismus. Die Weichen sind bereits gestellt, wie der letzte Prozeß in München, der Prozeß gegen J.H. von Rauch, zeigt. Wir müssen um die Freiheit dieser Genossen kämpfen. Wir müs-

stellen, zwar müssen wir jederzeit bereit sein, ohne ausdrückliche 'Genehmigung' durch den Klassenfeind zu arbeiten, zwar kann uns ein Verbot nicht zerschlagen. Aber so einfach werden wir es diesen Herren nicht machen. Sie sollen im Kampf gegen die kommunistische Partei ihr wahres Gesicht zeigen, die offene, blutige Fratze der Ausbeuter.

Wie können wir kämpfen, wie nützen wir diesen beschuldigten Genossen am besten? Befreien wir sie mit der Waffe in der Hand, in einer anarchistischen Aktion? Nein! Noch ist die Zeit des bewaffneten Volksaufstands in Westdeutschland nicht gekommen, noch würde uns eine solche Aktion von den Massen isolieren. Aber wir werden verhindern, daß die Klassenjustiz 7 Genossen als 'Kriminelle' aburteilt. Wir können sie zwingen, ihr wahres Gesicht zu zeigen.

Dies wird kein Prozeß gegen Kommunisten werden, - dies wird ein Prozeß gegen den Klassenfeind!

Unsere Aufgabe ist es, schonungslos zu entlarven, wer hier eigentlich auf der Anklagebank sitzt: Das westdeutsche Kapital!

Zu diesem Zweck wird der Rote Morgen in der nächsten Zeit eine Reihe von Artikeln veröffentlichen, die den Klassencharakter der Justiz entlarven, die die zunehmende Faschisierung von Justiz, Polizei und Staatsapparat aufzeigen. Alle diese Artikel stehen direkt oder indirekt mit dem Münchner Kommunistenprozeß in Zusammenhang. Sie erscheinen zusammengefaßt in Form einer Broschüre unter dem Titel 'Dokumente zum Fall Hugo Lanz' im Verlag Roter Morgen.

Nieder mit der Klassenjustiz! Gegen das KPD-Verbot! Freispruch im Münchner Kommunistenprozeß!